

Klares Ergebnis der Volksbefragung in Wetzelsdorf 96,5 Prozent für Grottenhof-Gründe

Seite 9



Das Grazer Stadtblatt wünscht ein
friedliches und erfolgreiches Jahr 2018.

Unser Bild zeigt die Grottenhof-Äcker im Winterschlaf.
Dass das auch künftig so sein wird, dafür haben die
Wetzelsdorferinnen und Wetzelsdorfer bei der Volksbefragung
am 14. Jänner gesorgt. Bei einer sensationell hohen Beteiligung
sprachen Sie sich gegen die Verbauung der Gründe aus.

Der Ball für alle.
Volkshaus Redoute
mit **KANAL 4**
Mitternachtsbrot mit „Jarach“

Eintritt: frei
Bereits für Guter Sozialökologie/Heurigen

27.1.2018 20:00
Sonntag Einlass: 19:00

Volkshaus Graz
Lagergasse 98a, 8020 Graz
Reservierung: 0316 712479



Tag der Offenen Konten

Elke Kahr und Robert Krotzer legten ihre Einkommen offen.

Seite 2 und 3



Wohnen macht arm

Petition an den Nationalrat
für Mietzinsobergrenzen
bei der KPÖ Graz, Tel. 0316 / 71 24 79

Seite 4 und 5

ZITIERT

„Arbeitslosigkeit ist ein Zustand den sich niemand freiwillig aussucht. Unser Ziel muss daher lauten, die Betroffenen nach Kräften dabei zu unterstützen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Das funktioniert jedoch weniger durch Zwang und Sanktion, als vielmehr durch positive Bestärkung und Unterstützung.“ Nationalratsabgeordnete Daniela Holzinger zu den Kürzungsplänen der Regierung. (6.1. 2018)

„Wenn ich mir anschau, was jetzt bekannt ist an Maßnahmen – Zwölf-Stunden-Tag, radikale Kürzung des Arbeitslosengeldes, Abschaffung der Notstandshilfe – dann muss ich sagen, da mache ich mir große Sorgen“ Claudia Klimt-Weithaler im ORF-Neujahrsgespräch, 2.1. 2018.



„In Bezug auf CETA hat HC Strache nun Christian Kern als Bauchfleckkünstler abgelöst - und wohl einen Geschwindigkeitsrekord im Umfallen aufgestellt.“ Gerald Oberansmayr, Solidarwerkstatt Linz. Dezember 2017.

Unter dem Vorwand des schlanken Staats wurden zahlreiche ÖIAG Beteiligungen, wie etwa an der Telekom Austria, der PSK, der Austria Tabak oder der Voestalpine privatisiert, ohne auf die langfristigen Kosten durch die entgangenen Erträge zu achten. Dass es dabei zu einer Bereicherung ausgewählter privater Interessen gegenüber der Öffentlichkeit kam, zeigt nicht zuletzt der aktuelle BUWOG Prozess.“ Lukas Lehner über die Politik von Schwarz-Blau. Blog Arbeit und Wirtschaft, 2.1. 2018.

„Tag der offenen Konten“: KPÖ-Einkommen Zwei Millionen Euro in 20

KPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare unterstützten in Not geratene Menschen 2017 mit mehr als 135.000 Euro.

Wie jedes Jahr lud die KPÖ auch Ende Dezember 2017 wieder zum sogenannten „Tag der offenen Konten“. Der Tag, an dem die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ die Aufzeichnungen über jene Gelder offenlegen, die sie aus ihrem Gehalt an Menschen in Notlagen weitergeben, jährte sich heuer bereits zum 20. Mal.

„Wir treffen uns hier in den Räumlichkeiten, in denen vor genau 20 Jahren mein Vorgänger, Ernest Kaltenegger, der 1998 Stadtrat in Graz wurde, erstmals den Tag der offenen Konten begangen hat, um Rechenschaft darüber abzulegen, wie die Einkommen der KPÖ-Politiker verwendet werden.“ Mit diesen Worten begrüßte Stadträtin Elke Kahr die Medienvertreter am 28. Dezember.

12 Jahre
Tag der offenen Konten
Elke Kahr
7.11.2005 bis 28.12.2017

Jahr	Betrag	Unterstützte Personen
2005	10.454 Euro	66
2006	45.481 Euro	347
2007	55.540 Euro	487
2008	51.076 Euro	557
2009	57.198 Euro	690
2010	58.498 Euro	698
2011	55.845 Euro	570
2012	53.423 Euro	512
2013	50.132 Euro	578
2014	51.324 Euro	480
2015	55.447 Euro	599
2016	59.795 Euro	517
2017	62.342 Euro	506
Gesamt	666.554 Euro	6.607

Zwei Drittel des Gehalts gespendet

5.910 Euro netto beziehen die beiden KPÖ-Stadträte, **Elke Kahr** und **Robert Krotzer**, der aufgrund des Wahlerfolges der KPÖ bei den Gemeinderatswahlen im vergangenen Jahr seit April Gesundheitsstadtrat in Graz ist, jeden Monat. Von diesem Gehalt geben sie mehr als zwei Drittel weiter. 1.950 Euro behalten sie für sich selbst.

In Summe wurden seit 1998 von allen Mandataren der KPÖ insgesamt 1.951.002 Euro an 14.749 Familien und Personen ausbezahlt.

Bürgernähe: Büro bleibt offen

„Auch wenn ich im Stadtsenat jetzt für Verkehr und nicht mehr für Wohnen zuständig bin, eines ändert sich nicht: Unsere Büros werden auch weiterhin für alle offenstehen, die Rat und Hilfe brauchen“, sagt KPÖ-Stadträtin Elke Kahr. „Da wir mit Robert Krotzer ein zweites Stadtratsmandat dazubekommen haben, haben wir jetzt noch mehr Möglichkeiten, den Menschen zu helfen.“

Hilfe in Notlagen

Ob Arbeitslosigkeit, Krankheit, Scheidungen oder andere Schicksalsschläge – in eine Notlage kann jeder geraten, oft schneller, als man denkt. Die Anzahl der Wohnungslosen ist so hoch wie nie zuvor. Der Anteil der Unterstützungsleistungen, um den Verlust einer Wohnung abzuwenden, dringend notwendige Sanierungen und Reparaturen bezahlen zu können oder Strom- und Heizungsabschaltungen zu verhindern, steigt.

Politikergehälter viel zu hoch

Die größte Position unter den Unterstützungsleistungen



Tag der offenen Konten 2017 mit LAAbg. Claudia Klimt-Weithaler

betrifft die Unterstützung für den Lebensbedarf und für Gesundheitsleistungen. Darunter fallen u.a. Beihilfen für Heilbehelfe, den Kauf von Lebensmitteln und Kleidung, Therapiekosten, Spitals- und Arztkosten.

Da das Budget der Stadt Graz für die Unterstützung von Gesundheitseinrichtungen heuer um fünf Prozent gekürzt wurde, hat Stadtrat Krotzer beschlossen, die Differenz aus seinem Gehalt zu tragen. „Das zeigt zweierlei“, so Krotzer: „zum einen, dass die Politikergehälter unverschämt hoch sind aber auch, wie gering die Aufwendungen der Stadt für diesen Bereich gehalten werden.“

„Politiker sind durch ihre

für Menschen in Notlagen Jahren



Stadtrat Robert Krotzer, Stadträtin Elke Kahr, und LAbg. Werner Murgg (vlnr.)

hohen Bezüge von der Lebensrealität der Bevölkerung weit entfernt. Wer von einem geringen Einkommen leben muss, hat Sorgen, die Politiker nicht mehr nachvollziehen können“, so LAbg. Claudia Klimt-Weithaler. „Deshalb setzen wir uns für eine

Kürzung der Politikerbezüge ein.“ In den Büros von Elke Kahr und Robert Krotzer werden nicht nur finanzielle Überbrückungshilfen gegeben. Der Hauptteil besteht darin, den Menschen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, um zu ihrem Recht zu kommen.

Gelder des Gemeinderatsklubs

Nicht nur die beiden Stadträte Elke Kahr und Robert Krotzer, sondern auch der **KPÖ-Gemeinderatsklub** unterstützte seit der Erhöhung der Parteienförderung im Jahr 2014 aus den Mitteln der Klubförderung **2.275 Personen mit 317.160 Euro.**

Vorschläge der KPÖ:

- Reduzierung der Parteienförderung
- Reduzierung der Politbezüge
- Senkung der Repräsentationsausgaben der Stadt



MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr

100 Jahre Mieterschutz

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Vor hundert Jahren ist in Österreich der Mieterschutz eingeführt worden – und zwar von einer erzkonservativen Regierung unter Kaiser Karl. Das hatte einen Grund: Die Kräfte des Marktes waren nicht imstande, Wohnungsnot und Elend zu verhindern. Im Gegenteil.

Der Mieterschutz ist seither ein fester Bestandteil des Wohnrechts in Österreich. Bis jetzt.

Die neue Regierung unter Kanzler Kurz plant nämlich Veränderungen beim Mietrecht, die vor allem die Hausherren stärken sollen. Die Menschen, die eine Wohnung brauchen, sollen schlechtergestellt werden. Die Kräfte des Marktes sollen wieder alles regeln.

Wollen das die Menschen wirklich?

Ich zweifle sehr daran. Die KPÖ wird jedenfalls alles tun, um für die Menschen da zu sein, die leistbaren und sicheren Wohnraum brauchen.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Sie erreichen mich im Rathaus:

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

E-Mail: elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, aber MIT BISS



Kurz gesagt: Im Kern geht es den meisten Politikern nur um ihr Geld.

AUS DEM INHALT

Wohnen	4/5
Verkehrsströme Reininghaus	6
Verkehr in Graz	7/8
Volksbefragung Grottenhof	9
Gesundheit	10/11
Politik als Selbstbedienungsladen	12
Aus dem Gemeinderat und den Grazer Stadtbezirken	13-15
Wohnunterstützung	16-17
Kommt der 12-Stunden-Tag? ..	19
Neutralität ade	22
Streik 1918	23
Impressum, Veranstaltungen ...	24
Tierecke, Rätsel	26

§§ RECHT GEFRAGT §§



Endlich abgeschafft: Vergebührung von Wohnungsmietverträgen

In letzter Zeit gab es für Mieter zwei wesentliche, positive Neuigkeiten.

Zum einen wurde endlich die Vergebührung von Wohnungsmietverträgen abgeschafft! Eine unserer ältesten Forderungen wurde damit umgesetzt. Alle nach dem 11.11.2017 abgeschlossenen Wohnungsmietverträge müssen nicht mehr vergebührt werden. Das bedeutet eine große Erleichterung, zumal immer mehr Mieter Probleme haben, die Wohnungseinstiegskosten (Vergebührung, Kautionen, Maklerprovisionen, Übersiedlungskosten etc) zusätzlich zur ersten Miete bezahlen zu können.

Schimmel in der Wohnung: Mieter haben Rechte

Die zweite Neuigkeit ist weniger bekannt und verbirgt sich hinter der Zahl 8 Ob 34/17h: Unter diesem Aktenzeichen folgte der Oberste Gerichtshof (OGH) einer Revision von Mietern, die vom Vermieter unter anderem wegen Verursachung von Schimmel und ungerechtfertigter Mietzinsminderung geklagt wurden. In der Begründung stellt der OGH fest, dass Mieter bei normaler Nutzung der Wohnung keinen Schimmel hinnehmen müssen. Zu normaler Nutzung gehört z.B. auch Waschen, Kochen, das Aufstellen von Pflanzen und sogar das Trocknen von Wäsche. Viele, die trotz normalem Lüften mit Schimmel in der Wohnung



Mag. Alfred Strutzenberger, Mietrechtsexperte im Büro von Stadträtin Elke Kahr

zu kämpfen haben, kennen die beliebte Antwort der Vermieter: „Sie müssen noch mehr lüften!“ Dieses Argument geht in Zukunft laut OGH ins Leere, denn er sagt: „Kann Schimmelbildung nicht mit einem normalen Lüftungsverhalten verhindert werden, ist dies dem Vermieter, nicht dem Mieter, zuzurechnen.“

Der Mieter hat daher gegebenenfalls Anspruch auf Mietzinsminderung und darauf, dass der Vermieter den Schimmel beseitigt. Wir werden beobachten, wie sich diese Entscheidung in der Praxis auswirkt und Sie, liebe Leserinnen und Leser, auf dem Laufenden halten.



Sollten Sie, liebe Leserinnen und Leser, Fragen zu diesem Thema haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr im Rathaus, Tel. 0316/872-2064, oder an die städtische Wohnungsinformationsstelle am Schillerplatz 4 Tel. 0316/872-5450.

Frontalang Wie ÖVP und FPÖ die

Lange werden Mieterinnen und Mieter nicht Zeit haben, sich über die Abschaffung der Vergebührung von Mietverträgen zu freuen. Ein Blick in das schwarzblaue Regierungsprogramm lässt nämlich Schlimmes befürchten.

Das Mietrechtsgesetz ist vom Gedanken getragen, die Position des schwächeren Mieters gegenüber dem mächtigeren Hausherrn zu stärken. Ein Prinzip, das sich seit beinahe hundert Jahren bewährt hat. Mit der nur auf den ersten Blick vernünftig scheinenden Formulierung vom „ausgewogenen Mietrecht, das die berechtigten Interessen von Mietern und Vermietern als mündige Vertragspartner widerspiegelt“ verabschiedeten sich Kurz und Strache von diesem Schutzgedanken auf und gehen gleich ans Eingemachte.

Einige Beispiele:

- **Marktkonforme Mieten bei sanierten Gebäuden.** Das bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem gegenwärtigen Richtwertsystem.
- **Schaffung von „Freiräumen“ für Mieter und Vermieter.** Das bedeutet nichts anderes als Erpressungsmöglichkeiten für den Vermieter nach dem Motto „akzeptierst du meine Regeln nicht, kriegst du die Wohnung nicht.“
- **Ausweitung der Befristungsmöglichkeiten auf unter drei Jahre.** Anstatt Befristungen überhaupt abzuschaffen (der Vermieter hat bei Mietrückstand, Eigenbedarf oä. ohnehin die Möglichkeit, den Vertrag aufzukündigen), kann der Vermieter zukünftig in noch kürzeren Intervallen Mietverträge abschließen und so auch die Mieten erhöhen.
- **Aufweichung der Eintrittsrechte in bestehende Mietverträge.** Mit dem Vorwand, den „Mietadel“ (sic!) abzuschaffen, sollen beispielsweise Personen, die bei ihren Eltern wohnen und diese gepflegt haben, nach deren Tod kein Eintrittsrecht mehr haben, sofern sie älter als 25 Jahre sind. Enkel und Geschwister sollen überhaupt kein Eintrittsrecht mehr haben.
- **Einkommenskontrollen und Mieterhöhungen im sozialen Wohnbau.** Hier schießt man (insbesondere in Graz) mit Kanonen auf Spatzen. Der Verwaltungsaufwand

Mieter-Notruf

mit Stadträtin Elke Kahr

Tel. **0316 71 71 08**

Wir überprüfen, beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)

Elke Kahr. **KPO**

riff auf Mieter Haus herren stärken wollen



Immobilienpekulation ist immer noch der Bereich, in dem höchste Renditen eingefahren werden.

für diese Maßnahme steht in keinerlei Verhältnis zum zu erwartenden Ergebnis.

16 von 45 Finanziers des Wahlkampfes von Sebastian Kurz, die über 4000 Euro zahlten, kommen aus der Immobilienbranche. Die Hausherren werden unter der neuen Regierung gute Zeiten haben. Die Zeche werden die Mieterinnen und Mieter mit noch höheren Mieten zahlen.

Korruption bei BUWOG-Wohnungen vor Gericht

2004 verkaufte die Republik Österreich 62.000 Wohnungen. Dazu kamen 5,1 Mio. Quadratmeter unbebauter Grundstücke, 400 Gewerbeimmobilien und 23.000 Parkplätze, die spottbillig an ein privates Bieterkonsortium gingen, bestehend aus Raiffeisen-Landesbank OÖ, Immofinanz, Wiener Städtische, Oberösterreichische Landesbank und OÖ Versicherung. Verantwortlich dafür: Die damalige schwarz-blaue Bundesregierung

mit Finanzminister Grassler, dem nun der Prozess gemacht wird.

2007 waren diese Immobilien bereits das Dreifache wert. Im Stadtblatt der KPÖ war im Juni 2004 zu lesen: „Die einzigen, die sich wirklich freuen können, sind die Beraterfirmen des Finanzministers, die bisher über 10 Millionen Euro an Steuergeld einstreifen durften.“ Die mit dem Verkauf der BUWOG-Wohnungen beauftragte Bank Lehman Brothers machte 2008 Bankrott. Auch die Käufer der Bundes-Immobilien – allen voran die Immofinanz – wurden mit Staatsgeldern gerettet.

Es greift zu kurz, wenn jetzt einigen der damals Verantwortlichen der Prozess gemacht wird. Eine Rückführung der Bundeswohnungen in öffentliches Eigentum wäre das richtige Mittel, vergangenes Unrecht gutzumachen.



Parlamentarische Bürgerinitiative
an den Österreichischen
Nationalrat

Wohnen darf nicht **arm** machen.

Wir fordern vom Nationalrat:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Einfach sparen Betriebskosten



Die Abfallentsorgungskosten, welche einen Teil der Betriebskosten darstellen, kann man durch sein individuelles Verhalten positiv beeinflussen.

Wichtig ist es dabei, den Müll richtig zu trennen. Außer der schwarzen Restmülltonne gibt es noch eine Vielzahl von bunten Tonnen, die befüllt werden wollen. Verpackungsmaterialien haben im Restmüll nichts verloren, da deren Entsorgungskosten bereits im Verkaufspreis inkludiert sind. Ebenfalls nichts verloren haben dort u.a. Bioabfall, Batterien oder Elektro-Altgeräte. Hinein gehören hingegen u.a. Hygieneartikel, Katzenstreu, Knochen, Fleisch/Fisch oder Kehrlicht.

Bei einem Mehrparteienhaus in Graz mit 20 Wohnungen und zwei 1100 Liter Restmülltonnen, zahlt jede Wohnung pro Monat ca. 29 €. Wenn durch richtiges Trennen eine Tonne eingespart werden kann, sinken die monatlichen Kosten auf 14,50 €.

Sollten die Maßnahmen Wirkung zeigen und sich die vorhandenen Restmülltonnen nicht mehr vollständig füllen, geben Sie einfach der Hausverwaltung Bescheid, dass ein geringeres Volumen nötig ist.

Zur Unterstützung für unklare Fälle gibt es auf umwelt.graz.at das Abfalltrennblatt der Stadt Graz zum Download.

Von Gabi und Gernot

„ENERGIESPAREN ZUM
WEITERSAGEN“
Tel. 0664/231 8626

Unterführung Josef-Huber-Gasse – Reininghaus

Verkehrsströme rund um Reininghaus bändigen

Die neue Straßenanbindung über eine Unterführung von der Josef-Huber-Gasse nach Reininghaus ließ Ende 2017 im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfung die Alarmglocken schrillen. Noch mehr Verkehr in die Stadt und das trotz chronisch hoher Feinstaubwerte? Wie soll es gelingen, die Mobilitätsbedürfnisse von bis zu 15.000 wohnenden und arbeitenden Menschen zu erfüllen und gleichzeitig die zu erwartenden neuen Auto-Verkehrsströme zu bändigen?

Die Unterführung Josef-Huber-Gasse geht zurück auf den Rahmenplan Reininghaus, 2010 im Gemeinderat einstimmig beschlossen, sowie auf Verkehrsmodellrechnungen, in denen die Auswirkungen der Stadtteilentwicklung auf den Verkehr kritisch angeschaut wurden.

Dabei zeigte sich, dass selbst dann, wenn der Anteil des motorisierten Individualverkehrs im neuen Quartier für bis zu 15.000 Menschen auf maximal 25 Prozent gedrückt wird, (Graz 2013: 37,5 Prozent) eine weitere Anbindung Richtung Gürtel

notwendig ist, weil der zu erwartende zusätzliche Verkehr nicht mehr über die Unterführungen Don Bosco/Kärntnerstraße und Eggenberger Straße allein abgewickelt werden kann.

Das heißt, die Weichenstellung für die 20 Millionen Euro teure und von der Stadtbauverwaltung geplante Unterführung Josef-Huber-Gasse (nun: Am Steinfeld) mit der Unterführung der Südbahn und der Marienhütte sowie auf westlicher Seite Einbindung in die Alte-Poststraße ist schon vor Jahren erfolgt.

Sie ist eine Vorbedingung

für die Entwicklung des neuen Stadtteils.

Straßenbahnanbindung

Klar war von Beginn an, dass eine wesentliche Voraussetzung für ein Funktionieren des Verkehrs rund um Reininghaus eine gute Versorgung mit öffentlichem Verkehr sein würde. Das bedeutet, dass die Errichtung der Straßenbahn über die Alte-Poststraße bis zur ehemaligen Hummelkaserne aus verkehrsplanerischer Sicht höchste Priorität hat.

Die offiziellen Bauzeitplänen sehen auch vor, dass zuerst die Straßenbahn (geplante Fertigstellung Dezember 2021) und erst danach die Straßenunterführung (März 2022) in Betrieb genommen wird.

Damit soll verhindert werden, dass die sukzessive zuziehende Bewohnerschaft auf das Auto zurückgreifen muss und so ein Mobilitätsverhalten eingeübt wird, das ein späteres Umsteigen

auf den Öffentlichen Verkehr erschwert.

Straßenbahn VOR Auto

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr, die sich gegenüber einer „reinen Autolösung“ skeptisch zeigt, gab dem Unterführungs-Projekt letztlich – als bereits vereinbarte Notwendigkeit – ihre Zustimmung.

Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass vor Eröffnung der Straßenverbindung die **Verlängerung der Straßenbahn** sowie die **Umsetzung des Buskonzepts Graz-West** realisiert sein **müssen**. „Das muss verbrieft sein. Denn wie die Erfahrung der Vergangenheit gezeigt hat, ist es dann beim Ausbau der Öffis immer wieder zu Verzögerungen gekommen, während der Straßenbau zügig voranschreitet.“

In gleicher Weise argumentierte KPÖ-Bezirksvorsteherin Gerti Schloffer (Gries).



Besser gehen im Grazer Norden



Neuer Gehweg in der Kahngasse.

Im Norden von Graz, in der Kahngasse (Bezirk Geidorf) und in der Ziegelstraße (Bezirk Andritz), sind zwei Fußgänger-Projekte fertiggestellt worden.

Der neue Gehweg-Abschnitt Kahngasse beginnt an der Körösisstraße und ist durch einen Grünstreifen und eine Baumreihe von der Fahrbahn abgesetzt. Von der planerischen Ausführung anders präsentiert sich die Verlängerung der fußläufigen Verbindung an der Ziegelstraße: Zwischen Viktor-Zack-Weg und Inge-Morath-Straße ist sie als Gehsteig entlang der nördlichen

Wohnverbauung ausgeführt. An der Endstation der Linie 52 erfolgt der Wechsel auf die südliche Straßenseite, von wo dann der Gehweg bzw. -steig parallel zum Stufenbach bis Rainleiten führt. In diesem Bereich wurde gleichzeitig auch die Straßenbeleuchtung erneuert.

Die beiden neu errichteten Gehweg-Abschnitte weisen zusammen eine Länge von knapp 1 km auf. Die Kosten beliefen sich auf etwas über 600.000 Euro. „Diese Gehweg-Abschnitte sind wichtige Mosaiksteine für eine Stadt der kurzen und sicheren Wege“, so Stadträtin Elke Kahr.



Ziegelstraße: Gehsteig wird verlängert.

Fußgängerkonferenz in Graz

Die 12. Österreichische Fußgängerkonferenz findet am 4. und 5. Oktober in Graz statt.

200 werden Fachleute unter dem Titel „Zu Fuß aktiv mobil“ zusammenkommen. Sie werden Überlegungen anstellen, die zu Verbesserungen bei Planung und Gestaltung aus der Sicht der zu Fuß gehenden Menschen führen sollen. Im Vorfeld ist unter anderem eine Arbeit des Sozialmedizinischen Zentrums Liebenau zu den Bedürfnissen von Fußgängern in Jakomini und Liebenau vorgesehen.

Sicherheit rund um die Schule



Foto: KfV

In der Volksschule Prochaskagasse wurden die neuen Schulwegpläne präsentiert.

Schulwegpläne werden gemeinsam mit Eltern und vor allem Kindern entwickelt. Sie sollen sichere Schulwege aufzeigen, auf Gefahrenstellen aufmerksam machen und Tipps für verkehrssicheres Verhalten geben.

Erstellt werden die Pläne vom Kuratorium für Verkehrssicherheit und der AUVA gemeinsam mit der städtischen Verkehrsplanung und der Polizei. Anlässlich der Präsentation in der Volksschule Andritz in der Prochaskagasse betonte Stadträtin Elke Kahr die Wichtigkeit von Bewusstseinsbildung, aber auch von Engagement im Sinn der Verkehrssicherheit: „Mit der

Einrichtung von zwei Elternhaltestellen an der Statteggerstraße und einer von Kindern gestalteten Wegweisung wurde in Andritz ein wichtiger Schritt gesetzt, Elterntaxis aus dem Schulnahbereich fernzuhalten.“

Der nächste Schulwegplan wird mit der Volksschule Nibelungen erarbeitet. Hier wird der Straßenraum im Schulumfeld mittels Gehsteigvorziehungen und Aufpflasterungen baulich neu gestaltet. Zusätzlich kommen Schülerlotsen zum Einsatz, wodurch auf die Erneuerung einer – von Erwachsenen häufig ignorierten – Druckknopfampel verzichtet werden kann.

Mehr Öffi-Jahreskarten

Steigende Nachfrage hat die Nachfrage nach den von der Stadt Graz unterstützten Jahreskarte für die Verbundzone 101, die aktuell 247 (statt 422 Euro) kostet. 2016 wurden 36.994 Stück verkauft, im Vorjahr über 39.000. Im Gegenzug sind andere Fahrscheintypen weniger gefragt. Stunden- und 24-Stunden-Karten bleiben auf gleichem Niveau. Durch die Fahrgaststeigerung (113,2 auf 115,2 Millionen 2016) kommt es zu Mehreinnah-

men – und günstige Öffi-Preise motivieren letztlich auch zum Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel.



Verbesserungen im Radverkehrsnetz

Trotz knapper Budgetmittel konnten einige Verbesserungen im Grazer Radverkehrsnetz umgesetzt werden, dank der Abteilung für Verkehrsplanung und dem Straßenamt und mit Partnern wie Holding und Land. Teilweise ist es auch gelungen, die Maßnahmen im Rahmen von Gesamtbauvorhaben „huckepack“ mitabzuwickeln.

Im Detail sind im zweiten Halbjahr 2017 folgende Kreuzungen radfreundlich umgestaltet und Radwegabschnitte verbessert worden:

- ☛ **WEBLINGER KREUZ:** Durch die Abtragung des Autobahnstumpfes und die Neugestaltung der Kreuzung an der Kärntner Straße wurden mittels Unterführungen neue, sichere Unterquerungen geschaffen.



- ☛ **EGGENBERGER ALLEE:** Im Zuge aufwändiger Schienenerneuerungen wurden der ganze Straßenraum zwischen Alter Poststraße und Karl-Morre-Straße neu geordnet, der Radweg (Haupttradroute HR 12) getrennt trassiert und Engstellen beseitigt.



- ☛ **SCHÖNAUGASSE:** Im Bereich der Querung Grazbachgasse wurde die Radverkehrsführung übersichtlicher und damit sicherer gestaltet.



- ☛ **LEONHARDPLATZ:** Mit dem Umbau der Kreuzung und der veränderten Einbahnführung Schanzlgasse wurden die Radrouten Richtung LKH-Universitätsklinikum und Med-Campus in beide Richtungen durchgängig. Eine aus der Hilmteichstraße kommende Busspur kann mitbenutzt werden.



- ☛ **STIFTINGTAL/ZAHNKLINIK/ENDSTATION LINIE 7:** Mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 wurden auch ein Geh-/Radweg über den Riesplatz unter einer Galerie entlang des Hanges ins Stiftingtal gebaut und großzügige Radabstellanlagen errichtet.



- ☛ **MARBURGER KAI:** Dabei handelt es sich primär um eine Maßnahme der Fußgängersicherheit. Der Marburger Kai wurde zwischen Kalchberggasse und Andreas-Hofer-Platz von zwei Richtungsfahrbahnen auf eine Fahrspur reduziert, der so gewonnene Platz wurde den Radlern zugeschlagen, breitere Aufstellflächen sorgen für eine bessere Entflechtung von Fuß- und hier besonders starkem Radverkehr (HR 8).

Die Bevölkerung von Wetzelsdorf setzte bei der Volksbefragung ein eindeutiges Zeichen. 96,5 Prozent sprachen sich für einen Erhalt der wertvollen Flächen aus.

Wetzelsdorf hat entschieden und das mit ziemlicher Eindeutigkeit. Sensationelle 96,5% stimmten bei der Volksbefragung mit JA und haben sich damit für den Erhalt der Flächen von Alt-Grottenhof stark gemacht. Auch die hohe Wahlbeteiligung zeigt, wie sehr den Wetzelsdorfern „ihr“ Alt-Grottenhof am Herzen liegt. Fast jeder dritte Wahlberechtigte ging zur Wahlurne – eine sehr hohe Beteiligung, im Vergleich zu anderen Volksbefragungen.

Wie alles begann

Vor rund acht Monaten erfuhr die KPÖ von den Verkaufsplänen von Landesrat Seitinger, der ein fünf Hektar großes Stück der Bio-Ackerflächen der Landwirtschaftsschule veräußern wollte. „Wir sind sofort aktiv geworden und haben die Wetzelsdorfer zu einer Infoveranstaltung eingeladen“, erinnert sich Stadträtin **Elke Kahr**. „Die über 100 anwesenden Bewohner haben sich mit überwältigender Mehrheit für eine Volksbefragung ausgesprochen.“ Über die Sommermonate wurden 1.620 Unterschriften für die Abhaltung einer Volksbefragung im Bezirk Wetzelsdorf gesammelt.

Am 14. Jänner wurde der Einsatz der vielen Menschen für die Erhaltung der Grünflächen belohnt. „Unser Dank gilt allen Wetzelsdorferinnen und Wetzelsdorfern und all jenen, die von Tür zu Tür gelaufen sind, um Unterschriften zu sammeln und Aufklärungsarbeit zu leisten. Ohne sie wäre das alles nicht möglich gewesen“, so Kahr.

Bürgerinitiative erfreut

Dr. Rainer Hauer, von der Bürgerinitiative „Retten wir Alt-Grottenhof“, war ebenfalls voller Freude



und Erleichterung: „Bravissimo Wetzelsdorf! Danke, dass Sie so eindeutig unseren karg werdenden Humusboden erhalten wollen. Das Ergebnis würdigt die Bestrebungen meines Vaters zu nachhaltigem Handeln!“

Hauers Vater, Ekkehard Hauer, war Direktor und ist gleichzeitig Namensgeber der Schule. Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ wurde von Ekkehard Hauer vor über 40 Jahren eingeführt.

Wie geht es weiter?

Die Wetzelsdorfer haben gezeigt, dass die wertvollen Bio-Flächen von Alt-Grottenhof nicht umgewidmet und somit nicht verbaut werden sollen. Die Parteien im Grazer Gemeinderat sollen den Willen der Bürger von Wetzelsdorf respektieren und eine Änderung der Widmung der Flächen unterlassen. Was die immer noch aktuellen Verkaufswünsche von Landesrat Seitinger betrifft,

meint Stadträtin Kahr, dass er „gut beraten wäre, sich den Verkauf der Flächen zu überlegen. Die Schüler der Schule benötigen diese Bio-Ackerflächen für ihren praktischen Unterricht und der immer stärker verbaute Grazer Süd-Westen eine der letzten Grünflächen als Erholungsraum.“

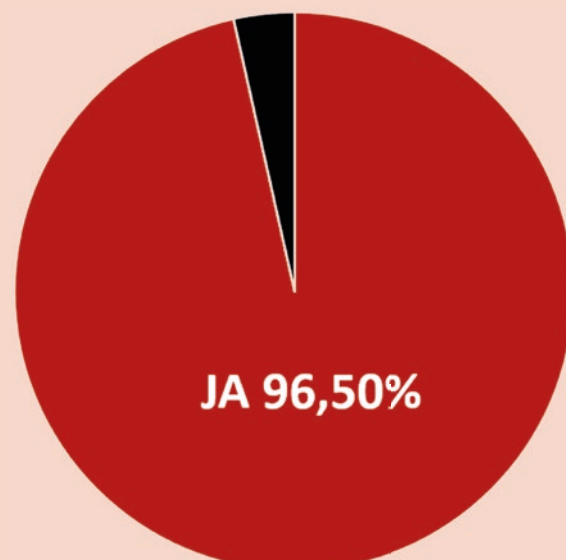
Am Ergebnis erkennt man aber auch, dass Protest und persönlicher Einsatz etwas bewirken können.

Die Fakten zur Volksbefragung

Die Frage lautete:

„Möchten Sie, dass die Ackerfläche von Alt-Grottenhof (zwischen Grottenhofstraße und Krottendorfer Straße, Grundbuchnummer: 94/2) zur Gänze als Freiland im Flächenwidmungsplan der Stadt Graz erhalten bleibt?“

- in 15 Wahlsprenkeln wurde gewählt
- 12.447 wahlberechtigte WetzelsdorferInnen
- Hohe Wahlbeteiligung von 30,83%
- 3.837 abgegebene Stimmen
- 3 ungültige Stimmen
- 3.700 Menschen stimmten mit JA (96,5%)
- 134 Menschen stimmten mit NEIN (3,5%)



Stadtrat dankte Pflegebeschäftigten



FOTO: STADT GRAZ, FISCHER

Pflegerinnen und Pfleger tummelten sich im KIZ-Royal Kino. In einer Sondervorstellung wurde der vielfach preisgekrönte Film »Ziemlich beste Freunde« gezeigt, zu dem Pflegestadtrat Robert Krotzer die Beschäftigten der Grazer Pflegeheime und der Mobilien Dienste eingeladen hatte.

„Die Pflege von alten Menschen ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, die auch sehr schwer sein kann“, bedankte sich der KPÖ-Stadtrat, in dessen Zuständigkeitsbereich auch die Kontrollen der eingeladenen Einrichtungen fallen, bei den Gästen. „Tag für Tag stehen Sie an der Seite von alten Menschen, sind ihnen eine wichtige Hilfe und Stütze.“



Kostenlose Pflegegeld-Beratung

Unterstützung und Information in Pflegegeld-Angelegenheiten

- Welche Formen der Unterstützung passen zu mir?
- Was ist der Unterschied zwischen Hauskrankenpflege, 24-Stunden-Betreuung und mobilen Dienstleistungen?
- Kann ich noch alleine leben?
- Wie kann meine Pflege finanziert werden?

**Nach telefonischer Terminvereinbarung
unter 0650 – 67 35 146**

In den Standorten des Sozialmedizinischen Zentrums

- Conrad-von-Hötzendorfstraße 55
- Liebenauer Hauptstraße 141
- Andersengasse 32–34.

INFORMATION UNTER WWW.SMZ.AT / SMZ@SMZ.AT



FOTO: PIXABAY

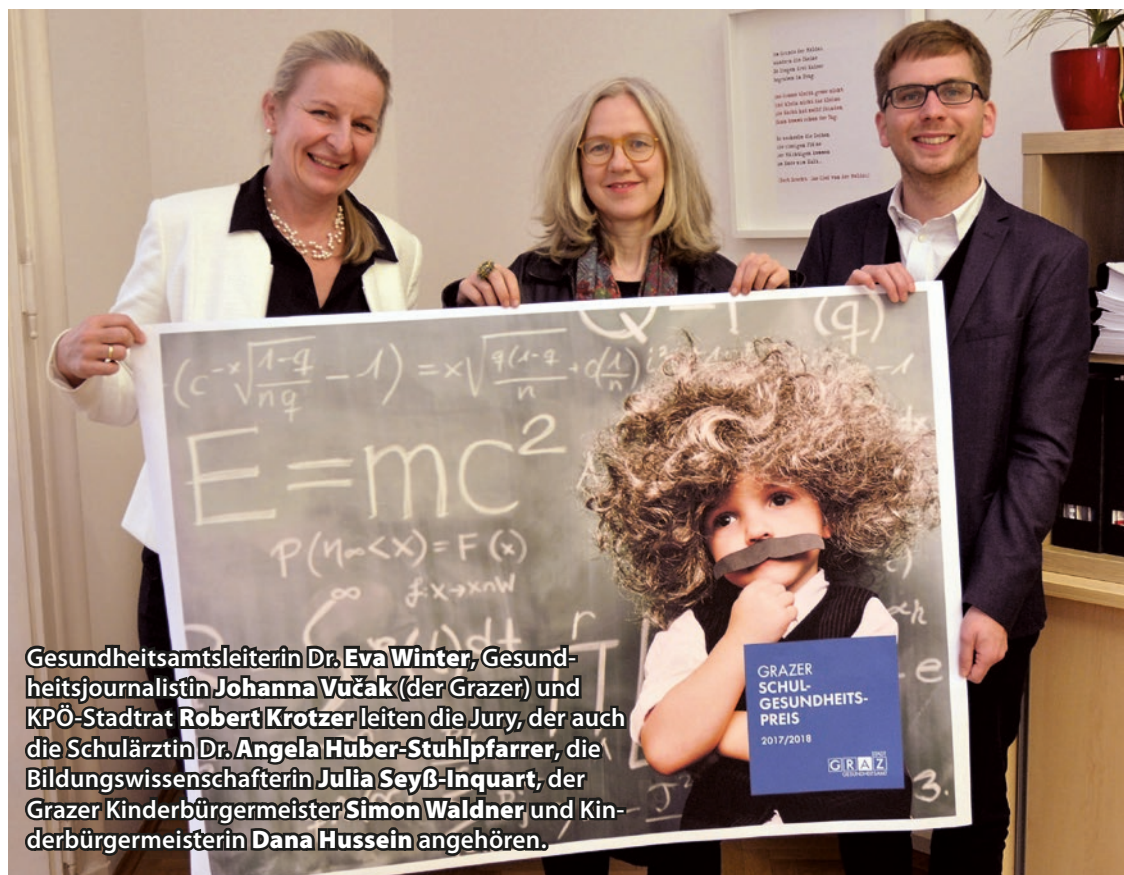
KOSTENLOSE ERNÄHRUNGSBERATUNG

Sich gesund zu ernähren, steht bei vielen ganz oben auf der Liste der Neujahrsvorsätze. Fast Food, Slow Food, Super Food, Functional Food – in wenig anderen Bereichen gibt es so viele Mythen wie beim Essen. Immer mehr Menschen kämpfen mit Gewichtsproblemen oder Unverträglichkeiten, leiden unter Magen-Darm-Problemen oder finden sich im Diäten-Dschungel nicht zurecht. „Das Gesundheitsamt der Stadt Graz bietet daher eine professionelle Ernährungsberatung durch eine Diätologin

an“, sagt Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer. Das kostenlose Angebot in allen Ernährungsfragen richtet sich an Grazerinnen und Grazerinnen, die mehr über die für sie richtige Lebensmittelauswahl und die Möglichkeiten der Zubereitung wissen wollen.

Passgenaue Inhalte für jede Zielgruppe bieten auch die Ernährungsworkshops für gemeinnützige Vereine, bei denen die Diätologin direkt zu den Einrichtungen kommt. Auch dieses Angebot ist kostenlos.

Kontakt: 0316 872-3244



Gesundheitsamtsleiterin Dr. Eva Winter, Gesundheitsjournalistin Johanna Vučak (der Grazer) und KPÖ-Stadtrat Robert Krotzer leiten die Jury, der auch die Schulärztin Dr. Angela Huber-Stuhlpfarrer, die Bildungswissenschaftlerin Julia Seyß-Inquart, der Grazer Kinderbürgermeister Simon Waldner und Kinderbürgermeisterin Dana Hussein angehören.

FOTO: SILVANA PHOTOART

Schulgesundheitspreis

Unter dem Motto „Gesundheit macht Schule, Schule macht Gesundheit“ winken tolle Preise für gesundheitsfördernde Projekte.

Die vielen Leistungen, Projekte und Angebote, die es an den Grazer Schulen für die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler gibt, sollen vor den Vorhang geholt werden – durch den Grazer Schulgesundheitspreis. Mit der Prämierung sollen gute Praxisbeispiele, positive Erfahrungen und neue Ideen öffentliche Anerkennung erhalten und noch mehr Schulen zum Mitmachen motiviert werden.

Engagement und Verantwortung

„Wenn Kinder und Jugendliche gesundheitsförderndes Verhalten erlernen, wird damit ein guter Grundstein für ihre kör-

perliche und geistige Entwicklung gelegt“, sagt Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer. An zahlreichen Schulen werden gesundheitsfördernde Maßnahmen im Rahmen von Projekten und Aktionen durchgeführt – sei es beispielsweise durch Projektstage zum Thema Suchtprävention, zu gesunder Ernährung oder auch durch Körpertraining zur Unfallverhütung oder Gewaltprävention.

„Viele engagierte Lehrer kommen ihrer Verantwortung und den Bedürfnissen von SchülerInnen und Eltern vorbildhaft nach und machen dabei die Erfahrung, dass derartige Projekte nicht nur sinnvoll sind, sondern den Beteiligten oft viel Spaß machen“, weiß Krotzer. Höchste Zeit also, sie vor den Vorhang zu holen.

Mitmachen!

Sämtliche Grazer Schulen – Volksschulen, Neue Mittel-

schulen, polytechnische Lehrgänge, BMHS und AHS – können mitmachen. Von Gesundheitskompetenzen wie richtigem Zähneputzen oder Sitzen, über Sensibilisierung bei den Bereichen Sucht oder Gewalt, bis hin zu Aufklärung und sexueller Gesundheit reicht die Themenpalette. Auch ganze Klassen oder Schulen können sich beteiligen.

Die Projektunterlagen sind bis zum 28. Februar 2018 einzureichen. Alle nötigen Informationen erhalten Sie unter graz.at/schulgesundheitspreis oder 0316 872-2073

Gewinnen!

Ein Team von Experten und Expertinnen wird die Einreichungen bewerten und die Preise vergeben. Das Gewinnerprojekt erhält 1.500, der zweite Platz 1.000 und der dritte 500 Euro. Dazu kommt ein Anerkennungspreis in der Höhe von 250 Euro.

KOMMENTAR

Von
KPÖ-Stadtrat
Robert Krotzer



FOTO: KPÖ

Husten

Grazer und Grazerinnen sterben etwa 17 Monate früher. Das hat das Umweltbundesamt 2016 errechnet. Grund dafür ist der Feinstaub. Gerade im Winter ist die Belastung besonders hoch. Auf www.feinstaubinfo.at können Sie sich ein Bild davon machen. Zwar gibt viele Maßnahmen, um dem Problem entgegenzuwirken, jedoch werden sie durch die Vorhaben der schwarz-blauen Stadtregierung zunichte gemacht.

Die von Bürgermeister Nagl gepushte Parkgarage am Eisernen Tor zum Beispiel würde noch mehr Autos in die Innenstadt ziehen. Durch die Rodungen für das Murkraftwerk samt Kanal verliert Graz außerdem tausende Bäume, die effektive Feinstaubfilter waren. Die neue Bundesregierung stellt nun auch noch den „Feinstaub-100er“ in Frage.

Es sollte uns nicht egal sein, wenn immer mehr Kinder an Atemwegserkrankungen leiden und Grazer und Grazerinnen eine geringere Lebenserwartung haben.

SO ERREICHEN SIE ROBERT KROTZER:

Tel.: 0316 – 872 2070

E-Mail:
stadtrat.krotzer@stadt.graz.at

graz.at/krotzer

[fb.com/robert.krotzer.graz](https://www.facebook.com/robert.krotzer.graz)

Sprechstunden:
jeden Dienstag und Donnerstag. Um telefonische Anmeldung wird gebeten.

Politik als Selbstbedienungsladen?



Die ÖVP-FPÖ-Stadtregerung hat die „Gebührenautomatik“ im neuen Budget wieder eingeführt. Parteien- und Klubförderungen wurden erhöht.

Die KPÖ erreichte in den Jahren davor, dass die Gebührenerhöhungen bei Kanal und Müll ausgesetzt wurden.

einmal die Bevölkerung“, bedauert KPÖ-Stadträtin Elke Kahr, dass Kanal- und Müllgebühren wieder automatisch Jahr für Jahr erhöht werden.

Ab 2018 gilt auch eine „Fünf-Prozent-Sperre“ bei den Subventionen für Vereine 2018. Für KPÖ-Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer ist das „eine Schikane für die vielen Vereine und Initiativen, die Graz mit ihrem Engagement bereichern“. Er wird den Einrichtungen, die vom Gesundheitsamt Förderungen erhalten, die fehlenden Beträge aus seinem Politikergehalt vorstrecken.

Das Wort „sparen“ hört man in der politischen Auseinandersetzung oft. „Ausgabenseitiges Sparen“ zum Beispiel bedeutet, dass im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen gekürzt wird. Wenn „der Förderdschungel durchforstet“ wird, stehen die Subventionen an Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Sportvereine im Visier.

Nur KPÖ für Kürzung der Politgehälter

Geht es darum, bei sich selbst anzusetzen, findet der Sparwille der etablierten Parteien jedoch rasch ein Ende. Mit Initiativen, die Politgehälter zu begrenzen, blitzt die KPÖ im steiermärkischen Landtag seit jeher ab. ÖVP, SPÖ und FPÖ, aber auch Grüne halten an der Höhe fest.

„Nein, liebe KPÖ, eurem Antrag auf Begrenzung der Politikergehälter werden wir nicht zustimmen“, polterte Mario Kunasek, damals FPÖ-Klubobmann im Landtag, heute Verteidigungsminister, 2015 in seiner ersten Budget-Landtagssitzung. Sein blauer Parteifreund Christian Cramer fand, eine Kürzung der Politikergehälter wäre „populistisch“ und würde „nichts bringen“. In der gleichen Sitzung

wurde die Weihnachtsbeihilfe abgeschafft. Sie war mehr als 6.000 bedürftigen Steirern zugutegekommen. „20 Jahre wäre sie mit der Summe finanzierbar gewesen, die sich das Land durch die Kürzung der Politikergehälter in nur einem Jahr gespart hätte“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Privilegien mit Tradition

Weil der Unmut in der Bevölkerung zu groß wurde, gibt es für aktuelle Politiker mittlerweile keine Pensionsprivilegien mehr. Wer seinen Politpensionsanspruch vor 1998 erworben hat, muss zumindest Solidarbeiträge an die Stadt in der Höhe von bis zu 15 Prozent leisten.

Die Altlasten sind aber immer noch enorm. Viele Altpolitiker von ÖVP, SPÖ und FPÖ bekommen mehr Pension im Monat als durchschnittliche Pensionistinnen und Pensionisten im Jahr. So bezieht etwa der frühere FP-Vizebürgermeister Peter Weinmeister als Beamter und Politiker eine Doppelpension von 14.100 Euro. Sein Parteikollege, Ex-Bürgermeister Alexander Götz, erhält sogar 14.800 Euro monatlich. Weil Götz sogar vor den Verfassungsgerichtshof zog, um seine

Privilegien nicht zu verlieren, wurde er unter Jörg Haider aus der Partei ausgeschlossen. Unter Mario Eustacchio fand er sich bei der letzten Gemeinderatswahl auf der Kandidatenliste.

Bei der Grazer KPÖ hat niemand Anspruch auf eine Politikerpension. Ernest Kaltenegger und Elke Kahr haben bei ihrem Ausscheiden aus dem Gemeinderat auf die ihnen zustehende Abfertigung verzichtet.

Graz: Vereinen droht Kürzung um 5 Prozent

Zumindest eine dreiprozentige Kürzung der Parteien- und der Klubförderung konnte die Grazer KPÖ 2015/16 durchsetzen. Ausgesetzt wurde auch die Teuerungsautomatik bei städtischen Gebühren. Seit Graz aber von Schwarz-Blau regiert wird, ist daran nicht mehr zu denken. Zur „Kassa gebeten wird wieder

Postenwillkür in Graz?

In die Kritik gerieten Bürgermeister Siegfried Nagl und sein Vize Mario Eustacchio auch wegen diverser Postenvergaben. Die Sitze in den Aufsichtsräten von städtischen Unternehmen werden ausschließlich an schwarze und blaue Parteigänger vergeben.

Claudio Eustacchio, Bruder des Vizebürgermeisters, bekam sowohl im Joanneum als auch im GrazMuseum einen Posten als Aufsichtsrat. Der Posten des Kulturamtsleiters ging an Michael Grossmann, der im letzten Wahlkampf von der SPÖ in Nagls Lager gewechselt war.

Aktuelle steirische Polit-Einkommen

Landeshauptmann Schützenhöfer:	€ 16.885
Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer:	€ 15.997
Mitglied der Landesregierung:	€ 15.108
Abgeordnete zum Landtag:	€ 5.777
Bürgermeister Nagl, Graz:	€ 13.775
Vizebürgermeister Eustacchio, Graz:	€ 11.553
Stadtregerungsmitglied Graz:	€ 10.665

FREUNDERLWIRTSCHAFT VON ÖVP UND FPÖ IN DER STADT GRAZ

Die schwarz-blaue Stadtregierung höhlt die Richtlinien, die die Parteibuchwirtschaft zurückdrängen und objektive Kriterien bei der Aufnahme von Beschäftigten bei der Stadt Graz gewährleisten sollten, vollkommen aus. Unter anderem sollen bei Abteilungsleiter-Bestellungen nicht mehr externe Personalberatungsunternehmen beigezogen werden. Stattdessen ist eine „Anhörung“ durch die Stadtregierung vorgesehen. Hearings sollen nur mehr bei der Besetzung gehobener



Dienstposten stattfinden, bei „akutem Personalbedarf“ dürfen Personalaufnahmen künftig ohne Stellenausschreibung erfolgen. Die Personalvertretung wird nur noch zuhören dürfen, für Jobs in den stadteigenen Betrieben wird es überhaupt keine Vorgaben mehr geben. „Es ist offensichtlich: Nagl und Eustacchio wollen „Störfaktoren“ bei Postenvergaben unter der Hand unbedingt vermeiden“, besteht für KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** kein Zweifel...

TEURE WERBUNG FÜR SAUBERKEIT

Rund 100.000 Euro wurden für die von ÖVP und FPÖ im Frühsommer präsentierte „Saubereitsoffensive“ allein für Werbemaßnahmen und Pressearbeit ausgegeben.



Das erfuhr KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** auf ihre Anfrage nach der Ausgaben-

verteilung für diese „Offensive“. „Für das Geld, das Schwarz-Blau in Sachen Eigenlob ausgegeben haben, hätte man im selben Zeitraum zwei Vollzeit- und einen Halbzzeitbeschäftigten für mehr Sauberkeit auf Grazer Straßen und in Grazer Parks anstellen können“, gab Braunersreuther zu bedenken.

KEINE HERZINFARKT-REHA

Die Steiermärkische GKK hat beschlossen, eine spezielle ambulante Reha-Therapie für Pensionisten, die einen Herzinfarkt erlitten haben, nicht mehr zu finanzieren. Dieselbe Reha-Maßnahme wird hingegen für Berufstätige von der PVA weiter gestattet. „Auch die Kärntner GKK zahlt



diese Herzinfarkt-Reha für Berufstätige und Pensionisten. Die Einstellung dieser medizinischen Maßnahme ist eine Diskriminierung der Pensionisten“, ist Gemeinderätin **Elke Heinrichs** in Sorge, dass sich sozial schlechter gestellte Menschen eine solche Therapie nicht leisten können.

ZUM WOHL DER DOHLE

Die Ordnungswache wurde beauftragt, Krähen in Graz mit Hilfe von Laserpointern von ihren Nistplätzen zu vertreiben. KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** sieht nun ein Problem für die dort ebenfalls nistenden Dohlen – eine gefährdete

Art – und ersuchte die Stadt zu prüfen, ob andere Schritte nicht verträglicher sind.

„Die Ordnungswache hat ohnehin bereits genug andere Aufgaben zu erfüllen“, so Luttenberger.

AB MÄRZ DROHT MIETERHÖHUNG FÜR GEMEINDEWOHNUNGEN

Tausende Grazerinnen und Grazer leben in Gemeindefremdwohnungen, die dem Kategoriemietzins unterliegen. „Wenn der Verbraucherpreisindex um zumindest fünf Prozent steigt, sind entsprechende Mieterhöhungen auch bei diesen Wohnungen möglich. Aufgrund der bevorstehenden Überschreitung des 5%igen Schwellenwerts, könnten die Mieten für diese Wohnungen mit kommendem März um ebenfalls über fünf Prozent erhöht werden“, sorgt sich KPÖ-Gemeinderat **Man-**



fred Eber. Erhöhte Wohnungskosten treiben die Inflation nach oben, es entsteht eine Preisspirale, die für immer mehr Mieter zur Existenzbedrohung wird. Die KPÖ hat sich stets gegen eine Mietzinserhöhung ausgesprochen. Deswegen hat Eber im Gemeinderat den Antrag gestellt, eine Mietzinserhöhung für Gemeindefremdwohnungen auszusetzen.



KEIN ANSPRUCH AUF SOZIALCARD

Die SozialCard der Stadt Graz unterstützt Personen mit geringem Einkommen mit Ermäßigungen und Beihilfen. Wer aufgrund der Arbeitsmarktsituation eine berufliche Umschulung machen muss, hat aber keinen Anspruch auf Ausstellung einer SozialCard, selbst wenn alle anderen Kri-



terien erfüllt sind, wie im Falle einer Alleinerzieherin, die sich an die KPÖ gewandt hatte. „Die Bestimmung ist ungerecht“, kritisierte KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** und bat Stadtrat Hohensinner, eine Erweiterung der Kriterien für den Bezug der Sozialcard zu prüfen. „Zu teuer“, winkte dieser ab.

HILFE FÜR HAUSTIERHALTER

Die eigene Katze oder der eigene Hund sind für viele Menschen eine wichtige Stütze. Vor allem für Menschen, die in eine soziale Notlage geraten sind, ist das eigene Haustier oft der einzige Lichtblick. Jedoch sind für sie die Kosten für die Haustierhaltung ziemlich hoch. „In manchen Städten in Deutschland



und der Schweiz gibt es bereits Projekte, wo neben Futter auch Tierzubehör gespendet werden kann, das dann bedürftige Tierhalter bekommen“, so KPÖ-Gemeinderätin **Si-grid Zitek**, die einen Antrag auf Unterstützung derartiger Initiativen im Gemeinderat eingebracht hat.

Weitere KPÖ-Initiativen:

Ausbau GKB in Wetzelsdorf und Straßgang - **Kurt Luttenberger**
Mehr Plätze für Winternotschlafstellen - **Uli Taberhofer**
Parkanlage am Reinbacherweg - **Christian Sikora**
Lärmschutzmaßnahmen Steinbergstraße - **Christian Sikora**

www.kpoe-graz.at/gemeinderat

VERKEHRSSICHERHEIT GESTEIGERT

LEND. Um einen kleinen Beitrag zu einer verbesserten Verkehrssituation zu leisten, hat der Bezirksrat Lend beschlossen, sich im neuen Jahr ein zusätzliches mobiles Geschwindigkeits-Messgerät anzuschaffen. „Insgesamt hat der Bezirk Lend künftig vier Geschwindigkeits-Messgeräte“, freut sich BV-Stv. **Christian Carli**.

SPRECHSTUNDEN IN EGGENBERG

EGGENBERG. Haben Sie Anliegen und Ideen für Eggenberg? Der nächste Sprechstundentermin von KPÖ-Bezirksrätin **Erika Lechner-Schneider** ist am Donnerstag, dem 15.2.2018 von 17.30-18.30 Uhr im Stadtteilzentrum EggenLend, Vinzenzgasse 25.



Haben Sie ein Anliegen für Ihren Bezirk?
Ihr Ansprechpartner für Ideen und Anregungen:
Christian Carli
Tel. 0681 / 10 7632 98



INNERE STADT IST KEIN DISNEYLAND



INNERE STADT. Nach den mittlerweile schon fast sechs Wochen dauernden Adventveranstaltungen erleben die Bewohner der Inneren Stadt derzeit ein paar halbwegs ruhige Tage. Mit der nahenden Faschingszeit wird es damit auch schon wieder vorbei sein: Beinahe wöchentlich werden dann wieder lautstarke „events“ über die Innere Stadt und ihre Bewohner hereinbrechen. „Keine Frage, die Innenstadt bietet eine spektakuläre Kulisse, doch es gibt auch in anderen

Grazer Stadtbezirken geeignete und schöne Plätze, die für Veranstaltungen vermehrt genutzt werden könnten“, fordert KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Alfred Strutzenberger** die Verantwortlichen auf, darüber nachzudenken, wie man den Innenstadtbewohnern wieder mehr Lebensqualität geben könnte. „Bei allem Verständnis für die vielen Wünsche, die wunderschöne Innere Stadt bespielen zu wollen, sie ist auch Lebensraum für ihre Bewohner und kein Disneyland!“

PARKANLAGE FÜR DEN REINBACHERWEG

GÖSTING. Die Bewohner des Reinbacherwegs in Gösting stöhnen unter enormen Umweltbelastungen: Verschubbahnhof, Wienerstraße, Firmenzufahrten... Platz für Ruhe und Erholung, Spielflächen für Kinder oder Hundewiese gibt es nur spärlich oder gar nicht. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** und Bezirksrätin **Anni Grünauer** haben nun angeregt, die Stadt Graz möge mit der

ÖBB zwecks Ankauf oder Pacht des nahegelegenen, nicht genutzten Grünbereichs der ehemaligen Glasfabrik Kontakt aufnehmen: Das Gelände könnte zu einem Park adaptiert werden und zu einem dringend benötigten Rückzugsort für die Bewohner des Reinbacherwegs werden. Die Stadt Graz könnte in Verhandlung mit den ÖBB treten, um die Flächen von den ÖBB zu übernehmen bzw. zu pachten.

BALD WIEDER MEHR GRÜN AM ROSENBERG!?



GEIDORF. Bereits im September 2017 berichteten wir über die Rodung am Rosenberggürtel 21-25. Die Anrainer bedauerten den Kahlschlag und befürchteten, da die ehemalige Grünfläche im Flächenwidmungsplan als Verkehrsfläche ausgewiesen ist, dass an dieser Stelle Parkplätze entstehen könnten. Noch im Dezember wurden uns

Fotos übermittelt, welche beweisen, dass dort Autos geparkt wurden. Nun kann Gemeinderätin **Elke Heinrichs** Entwarnung geben: Laut sehr freundlicher Auskunft der Abteilung für Grünraum ist mit Frühlingsbeginn eine begrünte Gestaltung (Magnolien und sogar ein Banker!) vorgesehen. Das Parken bleibt verboten!

LÄRMSCHUTZMASSNAHMEN FÜR DIE STEINBERGSTRASSE



WETZELSDORF. Seit der Eröffnung der Baurestmassendeponie in Thal bei Graz hat die Belastung der Steinbergstraße durch Schwerlastkraftwagen stark zugenommen: Extrem vermehrter Lärm, Staub und Verkehr beeinträchtigen die Anrainer sowie den an der Steinbergstraße gelegenen Kindergarten und ein Seniorenheim.

KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** fordert daher von Bürgermeister Nagl, sich mittels Petition an das Land Steiermark zu wenden, das für Landesstraßen im Stadtgebiet zuständig ist, um die Einrichtung entsprechender Lärmschutzmaßnahmen, wie etwa Flüsterasphalt und Lärmschutzwände, zu erwirken.

DREI ERFOLGREICHE MASSNAHMEN



GÖSTING. KPÖ-Bezirksrätin **Anni Grünauer** kann auf gleich drei erfreuliche Maßnahmen in Gösting verweisen: Autofahrer haben im Bereich Exerzierplatzstraße – Kreuzung Fischeraustraße wieder freie Sicht. Die Firma Leitz hat die sichtbehindernde Bepflanzung, die auch eine Gefahr für querende Fußgänger bedeutete, dankenswerterweise entfernt. In der Sackgasse Jakob Münz-Weg war das Um-

kehren durch parkende Autos nicht möglich, ein neu installiertes Halteverbotsschild schafft nun Abhilfe. Außerdem ist es in Zusammenarbeit mit Ombudsmann Thomas Hofer gelungen, die Verkehrsinseln in der Augasse wieder auf Vordermann zu bringen. Herzlicher Dank gilt dem „Schau auf Graz“-Team der Holding Graz, das die Bepflanzung der Verkehrsinseln rasch zurückgeschnitten und tadellos geputzt hat!

„TIM“ KOMMT AN



ST. LEONHARD. Am 30. Oktober 2017 wurde am Schillerplatz der vierte „Tim“ (täglich – intelligent – mobil)-Standort in Graz eröffnet. Dort ist es möglich, sich über einen kürzeren oder längeren Zeitraum ein Auto mit Fossil- oder Elektroantrieb auszuleihen, E-Taxis zu bestellen, sowie das

eigene E-Auto aufzuladen. Alle Tim-Standorte sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrrad erreichbar – ein wichtiger Schritt in Richtung sanfter Mobilität. Der Bezirksrat St. Leonhard freut sich über eine hohe Auslastung bei den Leihautos, was von der guten Annahme des Angebots zeugt.



Tiefgarage am Eisernen Tor vor dem Aus?

Viel Staub aufgewirbelt haben die Pläne für eine Tiefgarage unter dem Eisernen Tor. Nicht nur die Bevölkerung war skeptisch.

Durchgängig negativ seien die Stellungnahmen aller Fachabteilungen zur Bienenwaben-Tiefgarage am Eisernen Tor ausgefallen, berichtete die „Kleine Zeitung“.

Wenig überraschend aus Sicht von Stadträtin **Elke Kahr**. „Die Stadtplanung hat aktiv an den Verkehrszielen der Stadt mitgearbeitet, die einstimmig im Gemeinderat beschlossen worden sind. Mit den Verkehrszielen der Stadt ist eine Garage in dieser Lage nicht vereinbar, weshalb die Verkehrsabteilungen auch

schon länger ihre ablehnende Position dargelegt haben“, sieht Kahr die Haltung der KPÖ bestätigt.

In einer Online-Petition, initiiert von der KPÖ, hatten sich fast 3.500 Personen gegen das Projekt ausgesprochen.

Architekt Guido Stroheckers Reaktion: „Dann bauen wir eben woanders.“

Gegenseitige Hilfe

Ich bin Pensionistin und wohne im Bezirk Jakomini. Wenn Sie jemanden zum Zuhören brauchen, Hilfe bei Arzt- oder Behördenwegen benötigen oder zum Kinderschauen. Ich kann beim Kochen behilflich sein. Scheuen Sie sich nicht, mich anrufen. Am besten erreichbar bin ich von 9.00 – 12.00 Uhr unter der Telefonnummer 0650/545 8160.

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at
☎ 0316/ 71 24 80 – Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
– Ausfüllen von Formularen.
– Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).
– Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz

Gehweg Weiberfelderweg kommt

STRASSGANG. „Der Lückenschluss beim Gehweg am Weiberfelderweg kommt noch heuer“, freut sich KPÖ-Bezirksrätin **Ruth Masser**. „Unsere Bemühungen um mehr Verkehrssicherheit für die Fußgänger haben endlich Früchte getragen.“ Die Arbeiten beginnen im Frühjahr.



Wohnunterstützung: Verbesserung

KPÖ-Erfolg: Eine Verbesserung bei der Wohnunterstützung für Eltern wurde erreicht.

2016 wurde die Wohnbeihilfe in der Steiermark von der sogenannten „Wohnunterstützung“ abgelöst, die für fast alle Wohnbeihilfenbezieher Verschlechterungen brachte. Damit Betroffene nicht ohne ein Dach über dem Kopf dastehen, machte die KPÖ von Anfang an Druck gegen das neze Gesetz. Unter anderem initiierte sie eine Demonstration, bei der rund tausend Menschen in Graz auf die Straße gingen. Anfang 2017 erfolgte erste kleine Korrekturen.

Doch Familien mit geringem Einkommen, besonders Alleinerzieherinnen, blieben wesentlich schlechter gestellt als bei der Wohnbeihilfe. Denn Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) führte die Regelung ein, dass die Familienbeihilfe zum Einkommen gerechnet wird. Da die Höhe der Unterstützung vom Einkommen abhängt, waren vor allem alleinerziehende Mütter mit starken Einbußen konfrontiert.

Mit 1.1.2018 wurden die Einkommensgrenzen angehoben. Das sorgt dafür, dass kleine Pensionserhöhungen nicht gleichzeitig zu einer Verringerung der Wohnunterstützung führen. Für Familien mit Kindern gelten nun Freibeträge, die nicht zu einer Verringerung der Beihilfe führen.

Gesetzesreparatur

Mit 1. 1. 2018 werden bei der Wohnunterstützung für Kinder Freibeträge vom Einkommen abgezogen. Für das erste minderjährige Kind 130 Euro, für das zweite 175 und für jedes weitere minderjährige Kind 220 Euro.

Erfolgreicher Protest

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler hat Landesrätin Kampus schon 2016 tausende Unterschriften für die Rücknahme der familienfeindlichen Regelung übergeben. Die KPÖ-Abgeordnete ist erfreut, dass die Landespolitik endlich



Herbst 2016: Demonstration in Graz mit über tausend Protestierenden.

eingelenkt hat: „Die Neuregelung der Wohnunterstützung zeigt, dass die Kritik der KPÖ von Anfang an richtig war. So lange es kein ausreichendes Angebot an erschwinglichen Wohnungen gibt, ist diese Beihilfe für viele die einzige Möglichkeit, sich ein Dach über dem Kopf leisten zu können. Der Widerstand gegen dieses Gesetz war notwendig und richtig. Sonst wäre nämlich gar nichts geschehen.“

Familienbeihilfe ist für die Kinder da

„Die Familienbeihilfe wurde geschaffen, um Kinderarmut zu verhindern. Deshalb sind wir nicht müde geworden und haben in den vergangenen Monaten immer wieder auf diesen Missstand hingewiesen und eine Reparatur der Bestimmungen gefordert. Auch wenn nicht immer alle Ziele erreicht werden können, macht es Sinn, sich gegen soziale Verschlechterungen und Ungerechtigkeiten zu wehren. Am Beispiel Wohnunterstützung sieht man: Widerstand wirkt!“, so die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr „Wer



LABg. Claudia Klimt Weithaler übergab Landesrätin Kampus tausende Unterschriften gegen Schlechterstellung durch die Wohnunterstützung.

Pensionen – Ausgleichszulage netto
Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 863,04
für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.293,98
Erhöhung pro Kind:€ 133,16

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 863,04
Volljährige im gemeinsamen Haushalt.....€ 647,28
ab 3. volljährige Person: € 431,52
1. bis 3. Kind:€ 155,35
ab dem 4. Kind:€ 129,46

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben). **Rezeptgebühr** steigt 2018 auf 6,00 Euro.

Geringfügigkeitsgrenze

€ 438,05 Euro /Monat

GIS-Gebührenbefreiung/ Telefonentgeltzuschuss:

1 Person:€ 1.018,55
2 Personen:€ 1.527,14
für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 157,16

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 172,40;
über 3J: € 180,30, über 10J: € 199,90, über 19J: € 223,50
Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern jeweils um € 7,10, bei 3 um € 17,40 bei 4 um € 26,50 bei 5 um € 32,00, bei 6 um € 35,70 bei 7 um € 52,00. Im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

Pflegegeld unverändert zu 2017:

Stufe 1: € 157,30 65h/Monat
Stufe 2: € 290,00 95h/Monat
Stufe 3: € 451,80 120h/Monat
Stufe 4: € 677,60 160h/Monat
Stufe 5: € 920,30 180h/Monat
Stufe 6: € 1285,20 über 180h/M
Stufe 7: € 1688,90 über 180h/M

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin Gruber
Tel. 0316/ 877-5101,
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at



rungen erreicht



kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!"

Wohnungsnot steigt, Unterstützung sinkt

Trotz alljährlich überdurchschnittlich steigender Wohnkosten beziehen nur noch 23.000 steirische Haushalte Wohnunterstützung. Das sind um 8.000 Haushalte weniger als vor der Einführung der Wohnunterstüt-

zung anstelle der Wohnbeihilfe im Sommer 2016.

Landesrätin Kampus hatte der KPÖ wiederholt „Panikmache“, „Populismus“ und „Unredlichkeit“ vorgeworfen. Die Zahlen zeigen aber – ebenso wie die wiederholten Änderungen des Gesetzes, dass hier eine verschlechternde Neuregelung beschlossen worden war.

Energiebonus für steirische Haushalte!

Die Energie Steiermark konnte den operativen Gewinn 2016 auf 117,4 Mio. Euro steigern. 55 Mio. Euro wurden an die beiden Eigentümer, das Land Steiermark und den australischen Investor Macquarie, ausgeschüttet.

Ein Großteil dieser Gewinne wird über die hohen Strompreise von den steirischen Haushalten einkassiert während Großabnehmer den Strom geschenkt oder fast geschenkt erhalten. Deshalb fordert die KPÖ, den steirischen Haushalten angesichts des gutes

Ergebnisses einen Energiebonus zu gewähren.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Es ist höchste Zeit, die steirischen Haushalte unmittelbar von den Dividenden der Energie Steiermark etwas haben. 2008 hat es einen Gasbonus für Haushaltskunden gegeben. Nach diesem Vorbild sollte ein neuerlicher Energiebonus umgesetzt werden.“

Im zuständigen Landtagsausschuss stimmte nur die FPÖ gegen diese Forderung.

KOMMENTAR

KPÖ im Landtag

Grenzen setzen beim Glücksspiel!



Seit Jahresbeginn gelten in der Steiermark strengere Regeln für das Glücksspiel. Jahrzehntlang war in der Steiermark nicht nur das Glücksspiel, sondern auch der Bereich der Sport- und Livewetten gesetzlich völlig unzureichend geregelt. Für Spielsüchtige und Jugendliche existierten nur wenige Schutzbestimmungen. Auf Initiative der KPÖ beschloss der Landtag 2017 endlich ein strengeres Gesetz für Sportwetten. „Livewetten“ werden – mit wenigen Ausnahmen – verboten.

Tausende Existenzen in unserem Bundesland wurden und werden durch Spielsucht vernichtet. Leidtragende sind nicht nur die Spielsüchtigen, sondern auch ihre Angehörigen, auf die oft vergessen wird. Umso erfreulicher, dass jetzt zumindest bei den Wetten ein neues Gesetz beschlossen wurde.

Verboten sind nun Wetten auf fragwürdige „sportliche“ Ereignisse wie Hunderennen. Wetten darf nur mehr abschließen, wer 18 Jahre alt ist. Eine Selbstsperre ist

ohne Angabe von Gründen möglich. Darüber hinaus muss der Wettanbieter von sich aus Personen sperren, die durch Wetten ihre Existenz gefährden. Ebenfalls verboten sind künftig auch Wetten während laufender Ereignisse („Livewetten“), ausgenommen auf das Ergebnis.

Es ist erfreulich, dass das Land die Wetten endlich ernsthaft regelt und Schutzbestimmungen einführt. Entscheidend wird aber sein, ob es gelingt, die Einhaltung der Bestimmungen durchzusetzen. Bei den Spielautomaten ist das bisher nicht gelungen, noch immer gibt es hunderte illegale Automaten im Land. Wenig erfreulich ist auch, dass die Abgabe auf Wett-Terminals von 1100 auf 175 Euro im Monat gesenkt wurde. Die Landespolitik schuldet den Glücksspiel-Anbietern keinen Gefallen. Sie ist aber dafür verantwortlich, Spielsüchtige und ihre Angehörigen so gut wie möglich zu schützen.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Wo Ferien noch Ferien sind

Schöne Ferienwohnungen Nähe Bad Radkersburg zu vermieten. Natur pur. 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.

3 Komfort-Ferienwohnungen

(93 bzw. 63 m²) für 2 – 5 Personen
Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

<https://hollerhof.at>

Tel. 03476/ 20525 oder 0650 /32 87 730



Kein Kind darf benachteiligt werden!

Ein Kommentar von Andreas Fabisch

Die Ankündigungen der Bundesregierung für den Bildungsbereich verheißen nichts Gutes für die Bildungszukunft unserer Kinder. Die elementarste Bildungseinrichtung – der Kindergarten – wird auch von dieser Regierung nicht wirklich ernstgenommen. Ein Meilenstein wäre gewesen, allen Kindern ab dem dritten Lebensjahr den kostenlosen Besuch zu ermöglichen. Diese Chance wurde leider wieder vertan.

Anstatt in der Volksschule eine Trennung in eigene (Vor-

schul-)Deutschklassen durchzuführen, wie die Regierung beabsichtigt, wäre es weitaus vernünftiger, Zusatzförderungen im Sprachbereich nach dem regulären Unterricht vor Ort anzubieten. Dies könnte auch für Kinder mit deutscher Muttersprache von großer Hilfe sein, sofern sie unter Legasthenie, Stottern usw. leiden. Integration durch Trennung kann nun mal nicht funktionieren.

Und anstatt eines Talente-Checks, welcher als „Sortierungshilfe“ fürs Gymnasium

dienen soll, braucht es wohl eine differenzierte Gesamtschule bis zur 8. Schulstufe. Dies würde auch Spätentwicklern und Kindern aus sozial schwächeren Haushalten mehr Chancengleichheit ermöglichen. Denn alleine durch die Deckelung der Mindestsicherung wird die Bildungslaufbahn vieler Kinder erheblich erschwert!

Ausdrücklich warnen möchte ich davor, dem Sponsorwesen an den Bildungseinrichtungen Tür und Tor zu öffnen. Unsere Schulen müssen von der öffentlichen



Mag. Andreas Fabisch ist Gemeinderat der KPÖ in Graz.

Hand die Gelder zu bekommen, die sie brauchen. Die Schule ist sicher kein Ort für mögliche Geschäftspraktiken irgendwelcher Sponsoren, die früher oder später Einfluss auf das Schulgeschehen und die Lehrinhalte bekommen könnten.

KINDER-MASKENBALL

03.02.2018
Volkshaus
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Einlass: 15:00 Uhr
Eintritt: € 3,00
VVK-Preis: € 2,50

Es erwarten euch tolle Musik, Spiel, Spaß und ein super Gewinn*!
Wir freuen uns auf euren Besuch!

*ein Pfingstwochenende im Feriendorf am Turnersee

kinderland
Steiermark

WINTERWOCHE
in St. Radegund

Kinderlandvilla St. Radegund
Kombipreis € 325,-
Winter- + Osterwoche

17. bis 23. Februar 2018
Kinderlandvilla St. Radegund

Preis: ab € 65,-
*abgl. Landeszuschuss
*bei Kombiangebot
Preis ohne Zuschuss € 195,-

OUTDOOR:

- Rodeln
- Iglu- und Schneemannbauen
- Schöcklexpedition
- Geländespiel
- Snowkate, Schneeschuhwanderung

INDOOR:

- Bastel- & Kreativworkshops
- Märchenabend
- Disco
- Miniplaybackshow
- Spielesabend
- und vieles mehr...

Auskunft und Anmeldung:
kinderland
Mehiplatz 2/2, 8010 Graz
Tel.: 0316/82 90 70
Fax: 0316/82 90 70-2
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

OSTERWOCHE
in St. Radegund

Kinderlandvilla St. Radegund
24. bis 30. März 2018
Kinderlandvilla St. Radegund

Preis: ab € 65,-
*abgl. Landeszuschuss
*bei Kombiangebot
Preis ohne Zuschuss € 195,-

INDOOR:

- Kennenlernabend
- Singen und Tanzen
- Osterbasteleien
- Karaoke-show
- Disco
- und vieles mehr...

OUTDOOR:

- Orts erkundungsspiel
- Gondelfahrt auf den Schöckel
- Schöcklexpedition
- Sportbewerbe
- Abendwanderung mit Fackeln

Auskunft und Anmeldung:
kinderland
Mehiplatz 2/2, 8010 Graz
Tel.: 0316/82 90 70
Fax: 0316/82 90 70-2
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Zwölf-Stunden-Tag?

Rechte der Beschäftigten verteidigen!

Die schwarz-blaue Koalition hat eine Gesetzesnovelle zur Einführung des 12-Stunden-Arbeitstages in Aussicht gestellt. Was bedeutet das für die Beschäftigten? Wir haben Infos zusammengetragen.

Wie ist die Arbeitszeit jetzt geregelt?

Laut Arbeitszeitgesetz sind täglich höchstens 10 und pro Woche höchstens 50 Stunden erlaubt. Eine Ruhezeit von 11 Stunden muss gewährleistet sein.

Gibt es nicht schon Menschen, die dieses Höchstmaß überschreiten?

Abgesehen von bestimmten Berufsgruppen, wie Exekutivbeamten, Krankenschwestern usw. gibt es schon jetzt Ausnahmeregelungen, die ein Überschreiten der Höchstarbeitszeit möglich machen. So kann man bei erhöhtem Arbeitsbedarf mit Zustimmung des Betriebsrates maximal 24 Wochen bis zu 60 Stunden in der Woche arbeiten.

Was soll dann der Wirbel um Angekündigtes, wenn es das ohnehin schon gibt?

Man will hier die Ausnahme zur Regel machen. Dann braucht es nämlich keine Bedingungen mehr für die Erweiterung der Arbeitszeit und sie gilt in jeder Branche für jeden Arbeitnehmer ohne deren Zustimmung. Wenn es also keine Begrenzung und keine Bedingungen gibt, ist man als Verhandler (Betriebsrat/Arbeitnehmer) automatisch in der schwächeren Position. Hauptsächlich geht es der Regierung darum, Gegenleistungen und Ausgleichsmaßnahmen wegfällen zu lassen, also Zuschläge für Überstunden oder längere Freizeitblöcke. Längere Durchrech-

nungszeiträume bedeuten, dass anstelle der Bezahlung von Überstundenzuschlägen Zeitausgleich erfolgt, aber vor allem dann, wenn es aus betrieblicher Sicht interessant ist, und nicht dann, wenn es von den Beschäftigten gewünscht wird.

Eine besondere Verschlechterung ist für Beschäftigte im Hotel- und Tourismugewerbe geplant: Hier soll die Ruhezeit von 11 auf nur 8 Stunden verkürzt werden. Diese Möglichkeit gab es bisher nicht.

Wie würde diese Gesetzesänderung Gleitzeitmodelle betreffen?

Man könnte in der Praxis nicht

mehr unterscheiden, ob der verlängerte Arbeitstag selbst gewählt oder kurzfristig vom Arbeitgeber beauftragt ist. Überstunden würden in der Gleitzeit verschwinden. Entlohnung und Freizeit würden sich verschlechtern.

Wen würde diese Gesetzesänderung betreffen?

Alle unselbständig Erwerbstätigen.

Was bedeutet ein 12-Stunden-Arbeitstag für die Gesundheit?

Erwiesenermaßen erhöht sich das Risiko der Arbeitsunfälle deutlich nach der 8. Arbeitsstunde. Darüber hinaus ist das Auftreten von Berufserkrankungen, wie



GLB-KPÖ-Servicetelefon
0677/612 538 99



Horst Alić ist Personalvertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks in der Justizanstalt Jakomini und KPÖ-Gemeinderat in Graz.

Burnout oder Rückenschmerzen, wahrscheinlicher. Dass auch die Leistungsfähigkeit mit längerer Arbeitszeit sinkt, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Auswirkung auf Familienleben und Freizeit?

Wenn man von 24 Stunden 12 arbeitet und die Fahrzeit dazurechnet, kommen entweder Schlaf, Familie oder Sozialleben zu kurz.

Was kann man tun?

Mit der generellen Einführung des 12-Stunden-Tages wird die Gesundheit der Arbeitnehmer aufs Spiel gesetzt und die Leistungsfähigkeit des Einzelnen gesenkt. Es ist zu befürchten, dass Arbeiter gegen Arbeitssuchende ausgespielt werden und lang erkämpfte Rechte einfach vom Tisch gewischt werden.

Die Regierung hat sofort nach dem Auftreten von Unmutsäußerungen in der Bevölkerung mit der Aufhebung des Rauchverbots und anderen Themen erfolgreich vom 12-Stunden-Tag abgelenkt.

Es gilt also, aufmerksam zu beobachten, um rechtzeitig reagieren zu können. Es ist nicht nur wichtig, wie die öffentliche Auseinandersetzung geführt wird, sondern vor allem, dass sie überhaupt stattfindet.

Weil es immer weniger Arbeit und immer mehr Arbeitssuchende gibt, kann nur eine Verkürzung der Arbeitszeit zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Gerade jetzt muss das thematisiert werden.



Viele Jahre kämpfte die Arbeiterbewegung für den Acht-Stunden-Tag, bis er vor 97 Jahren endlich eingeführt wurde. Allen Bedenken zum Trotz will ihn die ÖVP-FPÖ-Regierung nun zu Grabe tragen.

<https://www.openpetition.eu/at/petition/online/gegen-der-12-stunden-arbeitstag>

Geschäftsmodell Glyphosat

Gekaufte Wissenschaft, Milliarden Deals – Glyphosat bleibt weiterhin in der EU zugelassenes Pflanzenschutzmittel.

Es soll der Landwirtschaft teures Bearbeiten von Böden ersparen, denn es vernichtet jedes unerwünschte Kraut am Acker. Nur Kulturpflanzen aus gentechnisch manipuliertem Saatgut nehmen keinen Schaden. Die Rede ist von Glyphosat, dem vom US-Saatguthersteller Monsanto vor mehr als 40 Jahren entwickelten „Pflanzenschutzmittel“.

Profitträchtiges Geschäftsmodell

So sieht das Geschäftsmodell aus: Wer das 1974 erstmals unter dem Handelsnamen „Roundup“ auf den Markt gebrachte Pflanzenschutzmittel einsetzen will, braucht auch das gentechnisch veränderte Saatgut („RoundupReady“). Es gibt also „RoundupReady“-Sojabohnen, „Roundup-Ready“-Mais usw. Für Monsanto bedeutete dies stetig steigende Profite.

Es gibt zahlreiche Studien, die belegen, dass das Herbizid für Tier und Mensch giftig ist. Sie besagen, dass Glyphosat das menschliche Erbmateriale schädigen, die Embryonalentwicklung stören und Lymphdrüsenkrebs hervorrufen kann. Bei Versuchen mit Mäusen und Ratten wurde die krebserregende Wirkung nachgewiesen. Trotzdem wurde die Zulassung von Glyphosat in der EU Ende November um weitere fünf Jahre verlängert. Wie ist das möglich?

Gekaufte Wissenschaft für Milliarden Deal

Um das zu verstehen, könnte folgende Hintergrundinformation hilfreich sein: Der deutsche Chemiekonzern Bayer plant, den US-Saatguthersteller Monsanto zu kaufen. Es wird erwartet, dass

der 66-Milliarden-Dollar-Deal (knapp 59 Mrd. Euro) nach Genehmigung der EU-Kartellbehörden noch im ersten Quartal 2018 über die Bühne geht. Mit seiner Pro-Stimme für eine weitere Zulassung in der EU fungierte ausgerechnet der deutsche Landwirtschaftsminister Schmidt (CDU) als Zünglein an der Waage – welch ein Zufall.

Doch wie konnte es gelingen, all die Studien, die die Schädlichkeit von Glyphosat belegen, zu ignorieren? In seinem Buch „Die Akte Glyphosat“ hat der Umweltchemiker Helmut Burtscher die Machenschaften von Monsanto & Co. unter die Lupe genommen und Verstrickungen zwischen Industrie, privaten Prüfinstituten und Zulassungsbehörden nachgewiesen. Ausgerechnet das deutsche Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BfR), dessen Bewertungen eine bedeutende Rolle in den europäischen Zulassungsverfahren darstellen, hat laut global2000 sein Glyphosat-Gutachten in großen Teilen von der sogenannten Glyphosat Task Force – einem Zusammenschluss der Glyphosat-Hersteller, angeführt von Monsanto – abgeschrieben. Es braucht nicht extra erwähnt zu werden, dass in diesem Auftragsgutachten vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse zur Gefährlichkeit von Glyphosat angezweifelt werden.

Glyphosatverbot in Österreich?

Die ÖVP-FPÖ-Regierung hat einen „Maßnahmenplan für den schrittweisen Ausstieg sowie Maßnahmen, um allfällige Nachteile für die Landwirtschaft abzufedern“ angekündigt. Bis Herbst 2018 soll eine „nationale Machbarkeitsstudie“ erstellt werden. Das sind äußerst vage Ankündigungen. EU-Rechtsexperten bezeichnen ein österreichweites Verbot von Glyphosat als unzulässig. Wirtschaftsexperten sind gegen



Foto: wilkunduhund.de

Verschiedene Studien belegen die negativen Folgen des Herbizids Glyphosat auf Mensch und Tier.

den Ausstieg, weil Österreich dadurch Wettbewerbsnachteile erwachsen würden.

Glyphosatreie Gemeinde Graz

41 steirische Gemeinden haben sich mittlerweile bereit erklärt, auf Glyphosat zu verzichten, darunter auch Graz. Können wir als Grazer also beruhigt sein? Mitnichten. Denn dieser Verzicht beschränkt sich lediglich auf öffentliche Flächen, wie Parks, Gärten, Sport- und Freizeitplätze, Schulgebäude, Kinderspielplätze und dergleichen. Für den privaten Bereich

und für die Landwirtschaft gelten diese Einschränkungen jedoch nicht.

Während Glyphosat bereits mehrfach im Grundwasser und im Urin von Großstadtbewohnern nachgewiesen werden konnte, gibt es immer mehr glyphosatresistente „Superunkräuter“. Die Folge: Neue Chemikalien zur Bekämpfung dieser Unkräuter (z. B. Dicamba) sind schon auf dem Markt, neues Saatgut, das auch gegen Dicamba resistent ist, wurde bereits entwickelt. Was all diese Substanzen für die Menschen bedeuten, mag man sich gar nicht ausmalen.

(Informationen: <http://mosaik-blog.at/glyphosat-eu-entscheidung-bayer-monsanto/>)

Im Baumarkt und Online-Shop

Neben dem bekannten „Roundup“ von Monsanto gibt es zahlreiche andere Spritzmittel, die Glyphosat enthalten. Auch Hobbygärtner können sie problemlos im Gartencenter, Baumarkt oder im Internet kaufen. Hier einige Handelsbezeichnungen:

AgriChem Glyphosat I • Bayer Garten Unkrautfrei • Compo Filatex Unkraut-frei • Etisso Total Unkrautfrei ultra • Gabi Unkrautvernichter • Glyfos • Herburan GL • Keeper Unkrautfrei • Klick&GO Total-Unkrautfrei • Raiffeisen Gartenkraft Total Unkraut-Frei • RESOLVA SPRAY • Roundup • Stakkato GA • TOUCHDOWN QUATTRO • VOROX Unkrautfrei

<https://www.schule-und-gentechnik.de/lehrer/fallbeispiele/glyphosat.html>

WOHnen – Helfen – INtegrieren

Das Familienzentrum WOHN

Die Herausforderungen im Familienzentrum Wohin stellen sich täglich neu. Das Team vor Ort nimmt es gelassen und krepelt die Ärmel hoch.

In der Starhembergasse in Graz Lend liegt das Familienzentrum „WOHN“. Wohnen – Helfen – Integrieren, das ist auch das Motto dieser ganz besonderen Anlaufstelle, die sich nach und nach aus einer Kinderspielstube des seinerzeitigen Delogiertenwohnheimes der Stadt Graz entwickelt hat. Heute erstreckt sich das Angebot von einem Kindergarten, einer Kinder- und einer Jugendgruppe über Familien- bis hin zur Schuldnerberatung. Trägerverein ist „Rettet das Kind“.

Kleine Erfolge zählen

„Das Familienzentrum Wohin verfolgt grundsätzlich das Ziel, Familien, die in den Übergangswohnungen der Stadt Graz wohnen, wieder in normale Wohnverhältnisse zurückzuführen“, erklärt der Soziologe Alexander Schneider, Leiter des Zentrums. „Aber das ist aufgrund unterschiedlicher Problemlagen nicht immer möglich. Für mich ist es ein Erfolg, wenn wir hier den Menschen so begegnen, dass sie für sich etwas mitnehmen können. Viele Lösungen ergeben sich, weil wir die Menschen ernst nehmen und mit ihnen reden.“

Anpacken, wo Unterstützung gebraucht wird

Improvisieren wird im Wohin groß geschrieben. Ob es darum geht, Behördenschreiben zu übersetzen oder zu erklären, jemanden zum Gericht oder zum Arzt zu begleiten, Konflikte im Schulalltag der Kinder oder im Wohnumfeld der Erwachsenen zu bereinigen oder auch einmal eine Messie-Wohnung in Ordnung



Das Team des Familienzentrums WOHN bietet unbürokratisch Hilfe an.

zu bringen – das Team von WOHN krepelt die Ärmel hoch und packt an, wo Unterstützung gefragt ist. Darüber hinaus bietet das Familienzentrum Freizeitaktivitäten, wie Picknicks oder Frühstück im Freien, Grillabende und Ausflüge, an. Mit der Kinder- und Jugendgruppe geht's so oft wie möglich raus, zum Grillen nach Kalkleiten z. B. „Diese Woche können wir mit den Jugendlichen in die Therme fahren, denn wir haben Thermengutscheine bekommen“, erzählt Schneider. Wenn es die finanziellen Mittel zulassen, gibt es auch Ausflüge für Erwachsene. „Im Vorjahr haben wir z. B. einen Ausflug nach Schönbrunn gemacht.“

Was wäre wenn...

Was wäre, wenn es das Familienzentrum „Wohin“ nicht gäbe, fragen wir. „Viele würden mit ihren Problemen allein bleiben, weil sie nicht so mobil sind und selbstständig nirgendwo anders hingehen würden“, sagt Schnei-

der. „Und es gäbe wohl auch mehr Konflikte, die eskalieren.“

Die Grazer KPÖ wird das

Familienzentrum „Wohin“ heuer mit dem Erlös aus der Volkshausedoute unterstützen.

Der Ball für alle.

Volkshaus Redoute

mit **KANAL 4**
Mitternachteinlage mit „Karacho“

Eintritt: **frei**
Benefiz für Grazer Sozialeinrichtungen

27.1.2018 **20:00**
Samstag Einlass: 19:00

Volkshaus Graz
Lagerrgasse 98a, 8020 Graz
Reservierung: 0316 712479

Am 27. Jänner veranstaltet die Grazer KPÖ den Ball für Alle – die Volkshausedoute. Die Band „Kanal 4“ sowie Karacho werden musikalisch durch den Ballabend begleiten.

Die Erlöse der **Benefiz-Veranstaltung** kommen dem **Familienzentrum WOHN** zugute.

EU befiehlt – Schwarz-Blau macht mit:

Neutralität ade?

Die Pläne der VP/FP-Regierung hängen eng mit Vorgaben der EU zusammen. Das gilt nicht nur für den Angriff auf das Sozialsystem und die demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen. Besonders deutlich sieht man das bei der Aufrüstung des Bundesheeres.

Im November ist Österreich mit Zustimmung von SPÖ, VP und FP der „ständigen strukturierten militärischen Zusammenarbeit (SSZ bzw. PESCO)“ beigetreten. Wie im Vertrag von Lissabon der EU vorgesehen, verpflichten sich die Teilnehmerstaaten zur Erhöhung ihrer Militärausgaben. Das ist etwas, was auch US-Präsident Trump fordert. Und siehe da: Die neue VP/FP-Regierung mit ihrem steirischen Verteidigungsminister Kunasek (FP) hat genau diese Forderung in ihr Regierungsprogramm übernommen.

Proeuropäischer Regierungskurs

Bei Sozialausgaben wird gekürzt – die Rüstung wird gefördert. So sieht der proeuropäische Kurs der Regierung aus.

Das ist aber noch nicht alles. Die Teilnahme an der SSZ ist der schwerste Schlag gegen Österreichs Neutralität seit dem EU-Beitritt. Darauf weist die Linzer Solidarwerkstatt hin.

FP-Umfaller

Dass die FPÖ-Führung diesen Anschlag auf die Neutralität mitträgt, belegt einmal mehr: Diese Partei gehört zu den aggressivsten Verfechtern der EU-Militarisierung und einer europäischen Großmachtspolitik unter deutscher Vorherrschaft.

Wohin die Reise geht, hat die deutsche Verteidigungsministerin van der Leyen bei Unterzeichnung der Vertrages offen ausgesprochen: Die SSZ sei *„ein weiterer Schritt in Richtung der Armee der Europäer“* (ORF-Abendjournal, 13.11.2017) – also einer Armee unter zentralem Brüsseler Kommando für eine EU-Großmachtspolitik, wie sie im Jahr 2016 mit der „EU-Globalstrategie“ von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen wurde.

Eine Armee zur Durchsetzung geopolitischer EU-Vorherrschaft in einer „Grand Area“, die vom Nordpol bis zu großen Teilen Afrikas, vom Nahen und Mittleren Osten bis zu den Küstenregionen Südost-Asiens reicht. Eine Armee, um neoliberale EU-Freihandelsregime und den Zugang zu Rohstoffen und Märkten zu erzwingen.

Das ist ein Schlag gegen die österreichische Verfassung, gegen das österreichische Neutralitätsgesetz!

Denn Neutralität ist die Verpflichtung, an keinen Kriegen teilzunehmen. Neutralität ist die Verpflichtung, schon in Friedenszeiten alles zu unternehmen, um nicht in kriegerische Konflikte hineingezogen zu werden. Neutralität ist die Verpflichtung, sich nicht einem fremden Kommando und einer Großmachtspolitik unterzuordnen. Die SSZ ist das glatte Gegenteil der Neutralität und einer aktiven Friedenspolitik: Sie ist die Vorbereitung auf globale Kriegseinsätze, sie ist die immer engere Einbindung Österreichs in die aggressive Außen- und Militärpolitik europäischer Großmächte und sie ist der nächste Schritt in Richtung Unterordnung unter fremde Kommanden.

Die Neutralität steht nicht nur im Verfassungsrang, sie ist ein Bauelement der österreichi-



Protest am Schlossberg gegen die „Ständige Strukturierte militärische Zusammenarbeit“ – SSZ der EU.

schen Verfassung. Die einzigen, die über eine mögliche Abschaffung der österreichischen Neutralität entscheiden können, ist die österreichische Bevölkerung in einer Volksabstimmung.

Bisher ist es der Regierung und den großen Medien gelungen, diese Tatsachen zu verschweigen. Es gibt aber erste Protestaktionen, auch in Graz.



Der größte Streik in der Geschichte Österreichs

Am 18. Jänner 1918 berichtete der „Arbeiterwille“, die Zeitung der Sozialdemokratischen Partei Steiermarks, dass seit „gestern früh in allen größeren Betrieben in Graz volle Arbeitsruhe“ herrsche. Was vier Tage zuvor in Wiener Neustadt als lokaler Streik gegen die Kürzung der Mehrlohn begonnen hatte, erfasste innerhalb kürzester Zeit ganz Österreich.

Rückblick: Dreieinhalb Jahre zuvor, mit Kriegsbeginn, waren in Österreich demokratische Rechte (Vereins- und Versammlungsrecht, Rede- und Pressefreiheit, ...) eingeschränkt bzw. aufgehoben worden. Im Zuge der immer katastrophaler werdenden Versorgungslage, v.a. aber im Zusammenhang mit der Oktober-Revolution in Russland wurde im November 1917 auch in der Steiermark der Ruf „Reden wir Russisch“ und die Forderung „Friedensschluss und Brot“ laut. Als nur wenige Wochen später, am 14. Jänner 1918, die Arbeiter in Wiener Neustadt die Arbeit niederlegten und diese tags darauf trotz Zensur erfuhren, dass die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk durch Forderungen der Mittelmächte gegenüber Russland stockten, wurde aus dem lokalen Streik ein politischer Massenstreik, bei dem erstmals wie in Russland Arbeiterräte gewählt wurden.

Sofortiger Frieden

Nachdem am 16. Jänner der von den Linksradiكالen in der Sozialdemokratischen Partei initiierte Streik auch auf Wien übergreifen hatte, sanktionierte die sozialdemokratische Führung den Streik mit einem Manifest

und vier Forderungen an die Regierung – u.a. sofortiger Friedensschluss und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auf Gemeindeebene. Am 17. Jänner schloss sich auch die Arbeiterschaft der Steiermark der Streikbewegung an, die schließlich bis zum 20. Jänner auf mehr als eine halbe Million Streikende in der österreichischen Reichshälfte anwuchs.

Nachdem die Regierung zu den Forderungen der Streikenden Stellung bezogen hatte, forderte die Sozialdemokratie zur „Wiederaufnahme der Arbeit“ auf. Während in der Steiermark die Streikenden den Abbruch des Streiks ohne handgreiflichen Erfolg befolgten, kam es andernorts – vor allem in Wiener Neustadt – bis zum 24. Jänner zu heftigen Auseinandersetzungen.

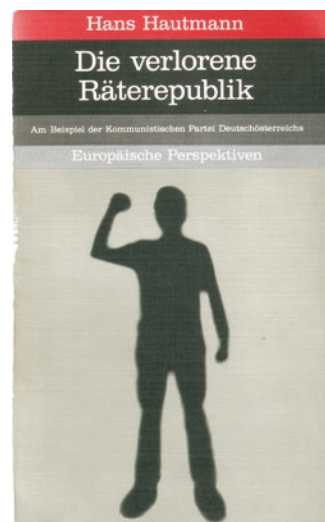
Die Folgen

In der Steiermark führten die letztlich unerfüllten Forderungen des Streiks dazu, dass es in den folgenden Monaten wiederholt zu Ausständen in den Betrieben kam und die sozialdemokratische

Parteiführung alle Hände voll zu tun hatte, die revolutionäre Stimmung einzudämmen. Dass es trotz Nichterfüllung der Forderungen zu keiner weiteren großen Streikbewegung mehr kam, hat seinen Grund auch darin, dass die Linksradiكالen, die zwar stark genug waren, den Streik zu initiieren, aber zu schwach waren, ihn zu führen, zum Großteil verhaftet wurden. Jene, denen es gelungen war, sich der Verhaftung zu entziehen, gaben noch im Jänner das Flugblatt: „Verraten und verkauft!“ heraus. Darin heißt es u.a.: „Der Kampf zur Erzwingung des sofortigen allgemeinen Friedens [...] ist vom Parteivorstand und einem sogenannten „Arbeiterrat“ in schmählicher Weise an die Regierung des kapitalistischen Klassenstaates verraten worden. Nichts als papierene Versprechen, leere Tröstungen und nichtssagende Phrasen hat die Regierung als Antwort auf die Forderungen der Arbeiterschaft zu bieten gewusst. [...] Von den heutigen „Arbeitervertretern“ ist nichts mehr zu erwarten! Schließen wir uns selbst zu Gruppen des Kampfes

zusammen!“ Dies sollte in der Steiermark erst um die Jahreswende 1918/19 geschehen, doch das ist eine andere Geschichte.

Dr. Heimo Halbrainer



**Mo., 22. Jänner 2018
18:30 Uhr, Volkshaus Graz,
KPÖ Bildungsverein**

100 Jahre Jännerstreik

**Vortrag von
Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann**

Hans Hautmann ist Autor des Buchs „Die verlorene Räterepublik“, erschienen 1971, ISBN -3-203-50245-8



www.volkshaus-graz.at



VERANSTALTUNGEN im VolkshausGraz

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im Volkshaus
Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a
Tel. 0316 / 71 29 59



<http://kpoe-bildungsverein.at/>

Fr., 19. Jänner 2018, 18 Uhr

Richard Zach: Den andern Weg gegangen

Lesung und musikalische Collage
Einführung: **Karl Wimpler** (Herausgeber)
Lesung: **Christian Teissl** (Schriftsteller, Graz)
Musiktheater: Geschichten im Ernst (Wien)



clio-graz.net

Der Koffer der Adele Kurzweil

Buchpräsentation und Lesung mit
Manfred Theisen (Autor, Köln)
Sa., 27. Jänner 2018, 11 Uhr
Joanneum: Museum für Geschichte
/ Sackstraße 16 / 8010 Graz

Freitag, 2. Februar 2018, 19 Uhr

»One, two, three, what are we fighting for...« – Von der
Modernisierung und Internationalisierung des Arbeiterlieds

Vortrag und DJ-Set mit Bert Preiss

Standen im Teil 1 „Vorwärts und nie vergessen“ die Anfänge und Entwicklung des Arbeiterlieds im Zentrum, so geht es nun um dessen internationale Ausbreitung durch moderne musikalische Ausdrucksformen. Traditionelle Arbeiterthemen wie Ausbeutung und Unterdrückung wurden zu einem fixen Bestandteil in unterschiedlichsten Musikgenres – von Rock, Punk, Blues, Jazz, Pop bis hin zu Electro.

Di., 20. Februar 2018, 19 Uhr

Peter Uray liest Dietrich Kittner

**Peter Uray liest Kabarettlieder und
Prosatexte von Dietrich Kittner.**

Peter Uray liest Dietrich Kittner
Musikbegleitung Lothar Lässer

Dietrich Kittner, Wahl-Radkersburger von 1991 bis zu seinem Tod 2013, zählte zu den bedeutendsten Kabarettisten und Satirikern Deutschlands.

„Inhaber des anerkannt schlimmsten Schandmauls.“
Manchener Merkur

**Dienstag, 20. Februar 2018
19.00 Uhr Volkshaus
Lagergasse 98a Graz**

Eine Veranstaltung der Christel und Dietrich Kittner-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kabarettarchiv und dem Bildungszentrum der KPÖ Steiermark

Zwei Mal Graz

Lesung und Vorstellung zweier neuer CLIO-Bücher von Ernst Fischer und Karl Wimpler mit Christian Teissl (Lyriker, Schriftsteller und Germanist) und Karl Wimpler (Autor)
Do, 15. Februar 2018, 19 Uhr
Literaturhaus Graz / Elisabethstraße 30 / 8010 Graz
Eine Veranstaltung von CLIO und Literaturhaus Graz

Das austrofaschistische Österreich 1933–1938

Buchpräsentation und Diskussion mit Univ. Prof. Dr. Emmerich Tálos (Universität Wien) und Dr. Florian Wenninger (Universität Wien)
Montag, 19. Februar 2018, 18 Uhr
GrazMuseum / Sackstraße 18 / 8010 Graz

Graz 1938: Propaganda und Inszenierung

Rundgang mit Dr. Heimo Halbrainer (Historiker, Graz)
Sonntag, 11. März 2018, 11 Uhr
Treffpunkt: Eisernes Tor (Mariensäule)



Mi. 7. März 2018, 18 Uhr

*Festveranstaltung zum
Internationalen Frauentag*

Benennung des Großen Saals des Grazer Volkshauses in „Maria-Cäsar-Saal“
Ausstellungseröffnung
„Steirische Kommunistinnen“



»EURE ORDNUNG IST AUF SAND GEBAUT«

Rosa Luxemburg Konferenz

**3. März 2018,
Wien-Hietzing**



<https://www.rosaluxemburgkonferenz.at/>

BIBLIOTHEK
des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Nach Vereinbarung für alle zugänglich



Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben.

Tel. Bernd Mugele 0664/736 46417
<http://kpoe-bildungsverein.at>

GRAZER
Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Druckzeug
Druckwerkstätte im Annenviertel

Wir suchen: **Ehemalige Setzer-/DruckerInnen**, die ihr Wissen über Handsatz und Hochdruck weitergeben möchten

Wir bieten: **Eine historische Druck-Werkstatt mitten in Graz für Interessierte und Kreative**

Wichtig: **Buchdrucker*innen** aus der **Annensstraße** im **Hofgebäude**

Mehr Infos über den Verein auf www.druckzeug.at
Kontakt: office@druckzeug.at

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundeheim Wetzelsdorf. **Für Anfänger und Quereinsteiger:** Nach Bedarf, Anmeldung unter **Tel. 0699 100 435 28.**

PTP
Institut für Training & Psychotherapie

Einladung an alle Interessierten an Weiterbildung, Gesundheit und Wohlbefinden:
Wir bieten wieder Workshops, Entspannungsabende und Aufstellungen an. **Termine unter 0699 / 12 13 49 44**
www.integrativ.at
Wir freuen uns auf alle, die kommen und Lust an Veränderung haben!
Oder wie Epikur schon sagte: „Es ist nie zu spät, sich um die eigene Seele zu kümmern“

AMSEL-Arbeitslosen-TREFF

AMSEL

www.amsel-org.info

Pizzeria Contra Punto
Kosakengasse 9, 8020 Graz.
Tel: 0699 / 81 537 867.
NÄCHSTE TREFFtermine:
immer Mittwoch -(14täglich)
Nächster Termin 25. Jänner
17:00 Uhr bis 19:00 Uhr.
Die ehrenamtlich rund um die Uhr betreute Hotline für arbeitslose Menschen in Bedrängnis!
AMSEL-Hotline:
0681/102 703 42

KPO
Kulturprojekte Graz

RED:OUT Stammtisch.
Offener Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat **CAFÉ CONTRA PUNTO, KOSAKENGASSE 9, Di. 6. Februar 2018 18:30 bis 19.30 Uhr**
Jede/r ist willkommen!

SAFRANFOOD

Sackstraße 27/Kaiser-Franz-Josef-Kai 24 • Di. bis So. von 11:00 bis 22:00 Uhr.
Eine kulinarische Reise nach Persien.

Unsere Zustellservice liefert auch größere Mengen für größere Veranstaltungen. Auf Wunsch stellen wir auch Ihr gewünschtes Menü (für Geburtstage, Hochzeiten, Feste) zusammen. Wir freuen uns auf Ihre Bestellung.

Sie erreichen uns unter **Tel: 0664 / 56 58 56 8**
www.safranfood.com

RADIO HELSINKI
Freies Radio Graz

92,6 MHz

Bankerl-Vorschläge willkommen!

Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ geht weiter – Bankerl-Vorschläge willkommen

Vor fünf Jahren hat Stadträtin Elke Kahr die Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ initiiert. Alljährlich werden Mittel für Bankerl in der Stadt reserviert.

Während der Staat ganz gerne Banken rettet, wird bei der Allgemeinheit immer öfter gekürzt. Stadträtin Elke Kahr hat die Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ ins Leben gerufen, um ein Zeichen gegen diese verfehlte Politik zu setzen.

In Zusammenarbeit mit der Holding Graz werden Bänke ausgetauscht bzw. an geeigneten Standorten neue errichtet.

Die Grazerinnen und Grazer sollen in unserer Stadt auch ohne Konsumzwang einen Platz zum Sitzen und Entspannen finden.



Helfen Sie mit, Graz geselliger und gemütlicher zu machen!



BANKERL-WUNSCH?

E-Mail oder Anruf genügt

Wer ein Bankerl in seinem Wohnumfeld oder an seinem öffentlichen Lieblingsplatz vermisst: Bitte melden!

Zögern Sie nicht und geben Sie uns gleich Ihren Bankerlwunsch bekannt. Wir freuen uns auf jeden Ihrer Vorschläge!

Rufen Sie an!
Elke Kahr,
Tel. 0316 / 872 / 20 60
oder
E-Mail an isabella.weber@stadt.graz.at



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz
Tel. 0316 / 68 42 12

www.landestierschutzverein.at



Shiro ist ein lieber Akita-Inu Rüde, 6 Jahre. Shiro sucht nach einem Rassekenner, da er sehr charakterstark ist, seinen Menschen verteidigt und gerne selbstständig entscheidet. Es sollten keine anderen Tiere vorhanden sein.



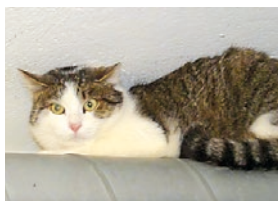
Richie ist ein 10 jähriger, mittelgroßer Mischlingsrüde, dessen Besitzerin ihn krankheitsbedingt nicht mehr versorgen kann. Er ist lieb, umgänglich und geht noch gerne gemütliche, längere Spaziergänge mit.



Pauli ist ein sehr anhänglicher Staffordshire-Terrier-Mischling, ca. 5-6 Monate alt. Er muss das Hunde-1x1 erst lernen und ist beim Spielen mit anderen Hunden noch ein bisschen grob. Ein übermütiger Jungspund eben!



Leo ist ein 6jähriger Schnauzer-Mischling, der nicht nur Gutes erlebt hat. Er hat sich sein liebevolles Wesen bewahrt und sucht nach einem Platz bei Hundekennern. Was er gar nicht mag, sind Radfahrer und LKWs, da muss man ihn gut festhalten.



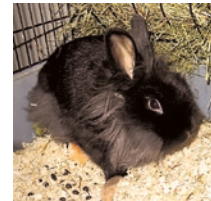
Link musste wegen privater Probleme ins Heim und ist noch sehr schüchtern. Er benötigt ein ruhiges Zuhause, wo man ihm die Zeit gibt, aufzutauen und Vertrauen zu fassen. Er ist ca. 1,5 Jahre alt und kastriert.



Amy ist eine liebenswerte kastrierte Katzendame. Sie braucht ein Zuhause ohne kleine Kinder und am besten auch ohne andere Katzen. Sie ist 4 Jahre alt, sehr liebesbedürftig und Freigang gewohnt.



Kaninchen **Detlev** ist kastriert und auf der Suche nach einem guten Platz mit Kaninchengesellschaft und viel Grünzeug.

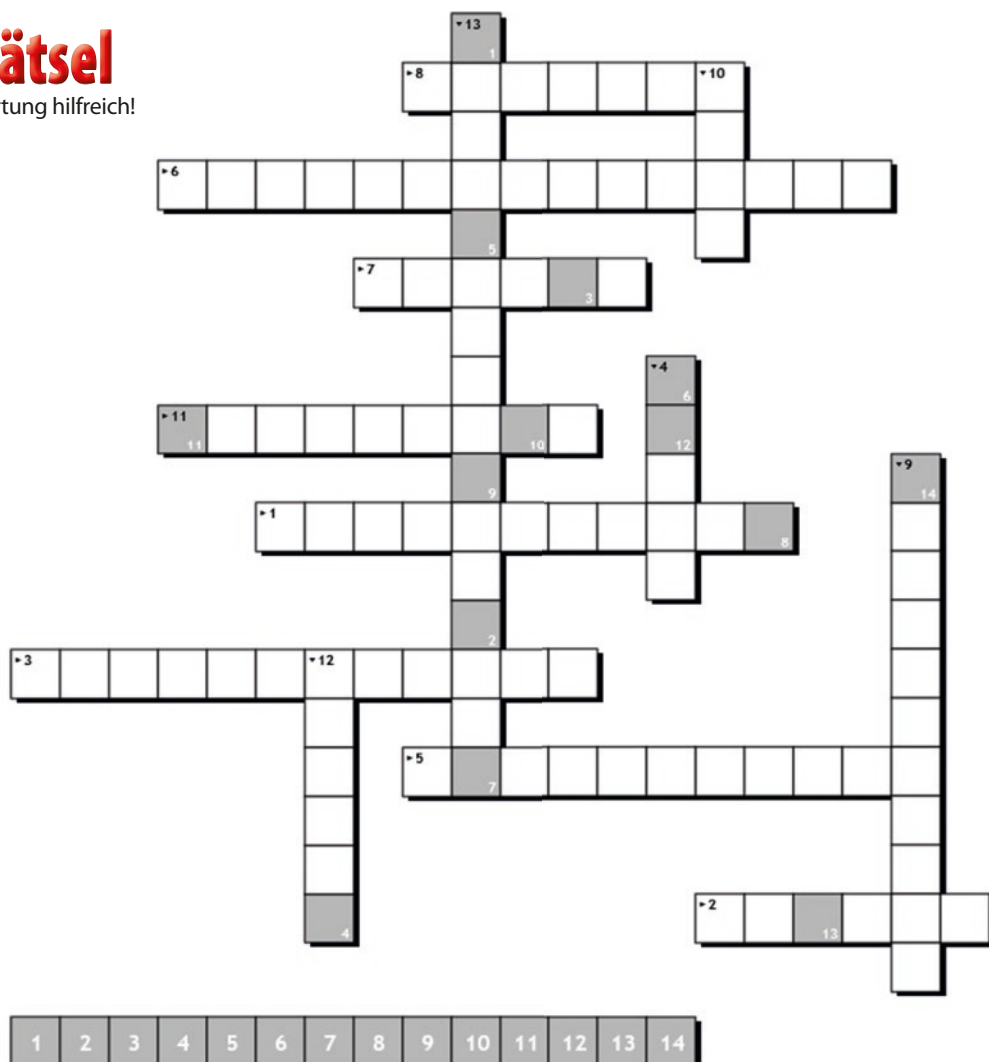


Kaninchen **Steve**: Steve ist ein Findling, der auf ein neues Zuhause hofft. Er hatte eine Beckenverletzung, die aber inzwischen verheilt ist. Am besten wäre ein Platz mit Kaninchenfreundin, er selbst ist kastriert.

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Die Lektüre des Grazer Stadtblattes ist bei der Beantwortung hilfreich!

- Ein klares Ergebnis gab **es** dort. (S. 1)
- Damit man weiß, was mit den Polit-Bezügen passiert, werden **sie** jährlich von der KPÖ offengelegt. (S. 2-3)
- Er** wird 100 Jahre alt (S. 3)
- Korruption war an der Tagesordnung, als **sie** verkauft wurden. Nun ist der Fall vor Gericht. (S. 5)
- Rund um **dieses Gebiet** müssen die Verkehrsströme gebändigt werden (S. 6)
- Trotz knapper Budgetmittel wird **es** Schritt für Schritt verbessert. (S. 8)
- Gesundheit macht ...? (S. 11)
- Oft scheint es, als wäre **sie** ein Selbstbedienungsladen. (S. 12)
- Hier** gehören Grenzen gesetzt. (S. 17)
- Keines** darf benachteiligt werden, sagt die KPÖ. (S. 18)
- Es** ist ein Geschäftsmodell, ein gefährliches. (S. 20)
- Im Jänner 1918 gab es den größten in der Geschichte Österreichs. (S. 23)
- Am 27. Jänner ist es wieder soweit. **Sie** findet statt. (S. 28)



Senden Sie die Lösung an:
stadtblatt@kpoe-graz.at
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a,
8020 Graz. Unter den Einsendungen
werden Buchpreise verlost.



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Weiter so!

Da ich gerade einen Artikel über die „sinnlosen und chaotischen Einzelmaßnahmen“ im ÖVP-„Leonhard Bezirksspiegel“ gelesen habe, muss ich Euch wieder einmal ein großes Lob und Dankeschön für die jüngst umgesetzten Maßnahmen für Radfahrerinnen und Fußgängerinnen aussprechen! Herzlichen Dank für euren Weitblick und Einsatz! Nur weiter so!

Martin Moser

Stimmen auf Facebook zum Tag der offenen Konten

Zlata Halilović: Ein großes Kompliment für soviel Menschlichkeit und Engagement! Danke für die Hilfe, die Ihr allen anbietet und gebt!

Marie Eder: Meine volle Hochachtung und innigen Dank, das ist nicht selbstverständlich!

Manfred Huber: einfach „nur“ SUPER finde ich das! Und Ihr seid die Einzigen, die das so machen!

Oliver Wieland: Macht weiter so, egal, wie blaugefärbt der Wind auch wehen mag!

Karl-Heinz Egger: Die einzige glaubwürdige Partei, mit wirklich großartigen Politikern.

Marcus Hellwährend man dem nachsinnt dreht sie dir den strom ab, geht dir die waschmaschine ein usw. jetzt ist die zeit zu handeln, nicht zu theoretisieren.

Die (Grazer) KPÖ handelt. Um es mit Goethe (Faust 1) zu sagen: „Der Worte sind genug gewechselt, nun lasst uns endlich Taten sehn“.

Raimund Seidl: Alles Gute für das neue Jahr und schön, dass es Euch gibt.

Egger Harald: Wünsche Euch alles Gute. Ihr habt meine Achtung, weil ihr Menschen helft, ohne zu fragen, welcher Partei sie angehören und nur der Mensch im Vordergrund steht!

Patricia Bruxmeier: Ich kenne einige Menschen, denen Frau Kahr spontan, ohne jegliche Bürokratie, Geld aus ihrer privaten Brieftasche gegeben hat! Ihr einziges Motiv war/ist Mitgefühl für ihre Mitmenschen! Wirklich schön, dass es noch Politiker mit einem solch großen Herzen gibt!

Peter Goritschnig: Schade, dass die KPÖ nicht im Nationalrat vertreten ist!

Björn Rene Kamper: Die letzte Partei, die noch was für die soziale Gerechtigkeit in diesem Land tut. Danke dafür.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband
Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
www.mieterschutzverband.at

KOMPETENZ IN MIETERSCHUTZ

Volkshaus Graz zu mieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle VOLKSHAUS GRAZ
LJUDSKIDOMGRADÉC

Lagergasse 98a, 8020 Graz
für Kleinkunst, Theater-,
Tanzaufführungen,
Lesungen, Hochzeiten uvm.
Großer Saal, 280 m²

Anfragen:
kurt.bauer@volkshaus-graz.at
Tel. 0664 / 21 31 431

www.volkshaus-graz.at



Mogelpackungen



Copyright Gesundheitsfonds Steiermark, n.v.

Die Konzerne tricken bei den Preisen. Viele Waren kosten zwar gleich viel wie früher, nur ist in den Packungen viel weniger drinnen. So manche Kilopackung enthält heute nur noch 760 Gramm. Das sind gewaltige Preiserhöhungen. Möglich gemacht hat das eine Richtlinie der EU, welche die standardisierten Packungsgrößen aufgehoben hat. Jetzt muss man im Supermarkt mühsam auf den Packungen den Kilopreis suchen.



Frauenvolksbegehren 2.0 – Unterstützungserklärung abgeben!

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist Ziel des Frauenvolksbegehrens 2018, das heuer in Österreich eingeleitet werden soll. Die Forderungen drehen sich um eine gerechtere Arbeitswelt, Respekt und Wertschätzung sowie Familie, Gesundheit und Sicherheit. (Information unter: <https://frauenvolksbegehren.at>)

Um beim Innenministerium einen Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren einbringen zu können, müssen zuerst ausreichend Unterstützungserklärungen (ca. 8.500) gesammelt werden. Diese werden vom 12. Februar bis zum 12. März in Graz im Amtshaus, 3. Stock, sowie in den Servicestellen entgegengenommen (Ausweis nicht vergessen!).

Digital unterschreiben!

Außerdem können Unterstützungserklärungen via Handysignatur oder Bürgerkarte rund um die Uhr eingereicht werden.

Für Frauen und Männer, die sich über das **Frauen*Volksbegehren 2.0** informieren und aktiv mithelfen wollen, wurde ein offener Stammtisch ins Leben gerufen. Heike Grebien, Sprecherin der steirischen Aktionistas, freut sich über eine rege Teilnahme an den Stammtischen.

Stammtisch-Termine der steirischen Aktionistas: jeden zweiten Mittwoch ab 18 Uhr, nächste Treffen: 24.1., 7.2., 21.2., 7.3 und 21.3.2018, Stadtschenke (Neutorgasse 22, 8010 Graz)

Für die steirischen Aktionistas
Heike Grebien
0650 / 764 4939
steiermark@frauenvolksbegehren.at



Der Ball für alle.

KPO



Volkshaus Redoute

mit **KANAL 4**
Mitternachtseinlage mit „Karacho“

Eintritt: frei
Benefiz für Grazer Sozialeinrichtungen

27.1.2018
Samstag

20:00
Einlass: 19:00

Volkshaus Graz
Lagergasse 98a, 8020 Graz
Reservierung: 0316 712479

www.kpoe-graz.at